E&W

Erziehung & Wissenschaft 12/2015
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Foto: H. Bredehorst/Brot für die Welt

KLAUS SEITZ

BNE beginnt mit Bildungskritik

Die Welt steht vor einem epochalen Umbruch. Überall werden Antworten auf die globalen Krisen gesucht, in die uns ein industrielles Wachstumsmodell hineingeführt hat, das die Belastungsgrenzen des Planeten zu sprengen droht. Mit dem Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) und der „Agenda 2030“ sind jüngst auf UN-Ebene gleich zwei Weichen gestellt worden, die auf diese Herausforderung reagieren. Die Projekte mahnen nicht nur eine Entwicklungs-, sondern auch eine Bildungswende an. Das Weltaktionsprogramm der UNESCO ist der Vision einer Welt verpflichtet, „in der alle von Bildung profitieren können und die Werte, Verhaltensweisen und Lebensstile erlernen, die (…) für eine positive gesellschaftliche Transformation nötig sind“. Es versteht sich als Beitrag zur „Agenda 2030“, die im September verabschiedet wurde. Deren Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) wollen Armut und Hunger ebenso überwinden wie globale Gemeinschaftsgüter schützen sowie einen Konsum bekämpfen, der nicht nachhaltig ist.

Diese sozial-ökologische Transformation kann man als einen „wissensbasierten gesellschaftlichen Suchprozess“ beschreiben. Denn die Blaupause für ein Gesellschaftsmodell, dem es gelingt, den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen mit der Verwirklichung eines guten Lebens für alle zu versöhnen, ist bisher nicht zur Hand. Noch gibt es keinen Masterplan für den erfolgreichen Weg zu einer ressourcenschonenden und fairen Ökonomie. Der gesellschaftliche Suchprozess ist ergebnisoffen und setzt auf die innovativen Potenziale der Menschen.

Damit kommt Bildung eine zentrale Rolle zu. Die menschliche Lernfähigkeit ist die entscheidende Ressource, die für die Wende zu einer zukunftsfähigen Entwicklung mobilisiert werden muss. Eine so verstandene transformative Bildung bedarf einer umfassenden Neuorientierung unseres Bildungswesens. Denn dessen Grundlagen reichen in jene Zeit zurück, in der Bildung die Fundamente für die industrielle Revolution gelegt hatte. Die Erziehung zu einer nationalstaatlichen Identität, die Aneignung einer industriellen Arbeitsmoral, aber auch die Vermittlung des Mythos eines unbegrenzten ökonomischen Wachstums waren wesentliche kulturelle Ressourcen der Industriezivilisation. Heute führen sie uns in die Irre.

Wenn dieses Entwicklungsmodell angesichts damit einhergehender sozialer und ökologischer Verwerfungen sein Ende erreicht hat, dann bedarf es auch einer anderen Bildung, die die Transformation in eine nachindustrielle, kosmopolitische Zivilisation ermöglicht. Die Krise der Weltentwicklung ist auch Ausdruck einer Lernkrise. Transformative Bildung beginnt daher mit Bildungskritik: Jene Lern- und Bildungsprozesse, die die mentalen Muster für eine nicht nachhaltige Entwicklung geschaffen haben, gilt es zu überwinden.

Die wichtigste Sozialisationsinstanz für Nachhaltigkeit ist eine veränderte Alltagspraxis. Denn wie sollen Heranwachsende Demokratiefähigkeit in Schulen lernen, die undemokratisch organisiert sind, wie sollen sie zukunftsfähiges Wirtschaften an einer Einrichtung erfahren, in deren Beschaffungspolitik ökologische Standards keine Rolle spielen? Es ist daher sehr zu begrüßen, dass das Weltaktionsprogramm die Aufmerksamkeit auf „Whole-School-Approach“ lenkt, einen Institutionen-Ansatz, der das nachhaltige Wirtschaften der Bildungsstätten und die Transformation der Lernumgebungen ausdrücklich einbezieht.

Der Weg in eine zukunftsfähige Weltgesellschaft braucht Beteiligung auf allen Ebenen. Daher wären wir gut beraten, auch den öffentlichen Diskurs über die Neuorientierung von Bildungs- und Wissenschaftspolitik im Zeichen der Agenda für eine nachhaltige Entwicklung als ein gesamtgesellschaftliches Projekt zu gestalten.

Klaus Seitz,
Leiter der Politikabteilung der Entwicklungsorganisation
„Brot für die Welt“ in Berlin

Inhalt

Gastkommentar
BNE beginnt mit Bildungskritik Seite 2

Impressum Seite 3

Auf einen Blick Seite 4

Prämie des Monats Seite 5

Schwerpunkt: Bildung für nachhaltige Entwicklung
1. Bildungseinrichtungen: „BNE: kein Feigenblatt“ Seite 6
2. Interview mit Thomas Silberhorn: „Entwicklungspolitik ist nicht weit weg“ Seite 12
3. Lehrerbildung: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit Seite 14
4. Erklärstück: BNE – was ist das? Seite 16
5. Service: Instrumentenkasten Seite 18

Beamtenpolitik
Grundschullehrkräfte: A13-Debatte tobt im Norden Seite 19

Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren ab Seite 23

Bildungspolitik
1. GEW-Fachtagung: „Migration ist Teil der Schule“ Seite 21
2. DDS: „Geruch“ von Auftragsforschung Seite 27
3. bpb-Arbeitshilfe für Lehrkräfte: Fragwürdiger Lobbyismus Seite 28

Hochschule
1. GEW-Aktionswoche „Traumjob Wissenschaft“: Kürzer, schneller, billiger Seite 30
2. Professuren: In den Händen der Eliten Seite 32

E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“
1. Interview mit Birgit Zeller: Auf dem Experimentierfeld Seite 33
2. Interview mit Ernst Dieter Rossmann: „Pragmatismus ist gefragt“ Seite 35
3. Bildungsangebot für Geflüchtete: Widersprüchliche politische Signale Seite 36
4. Kinder ohne Papiere: „Es darf nicht an Papieren scheitern“ Seite 38

fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Erfolgreich gegen Kinderarbeit Seite 40

Gesellschaftspolitik
GEW-Kommentar: „Fürchtet euch nicht!“ Seite 42

Leserforum Seite 43

Diesmal Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 67. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Renate Körner
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
renate.koerner@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 01.01.2015,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

„Tatort“-Verein hilft geflüchteten Kindern

Die Kölner „Tatort“-Darsteller Klaus J. Behrendt (55) und Dietmar Bär (54) wollen jetzt auch Flüchtlingskindern beim Schulstart helfen. Seit 2012 gab der gemeinnützige Verein „Tatort – Straßen der Welt“ 1 330 vollausgestattete Schulranzen an bedürftige Kinder im Köln-Bonner Raum aus. Jetzt sollen auch Flüchtlingskinder die Starterpakete bekommen, „damit diese mit den anderen gleichstehen“, sagte Behrendt Ende November in Köln. Bär und Behrendt hatten den Verein 1998 nach Dreharbeiten für einen Krimi über Kinderprostitution in Manila gegründet und zahlreiche Hilfsprojekte initiiert.

Foto: imago

Tatort-Kommissare Klaus J. Behrendt (links) und Dietmar Bär: Hilfe beim Schulstart von Flüchtlingskindern

Gewerkschaften helfen

Wer in Deutschland Schutz sucht, braucht einen langen Atem. Ersten grundlegenden Hilfsangeboten – Nahrung, Kleidung und Unterkunft – müssen weitere folgen. Mit dem Verein „Gewerkschaften helfen“ wollen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften gezielt soziale und finanzielle Unterstützung für die Integration junger Flüchtlinge in Ausbildung und Beruf organisieren. Ab Anfang 2016 sollen Spenden Flüchtlingen dabei helfen, die zahlreichen Hürden auf dem Weg in den Arbeitsmarkt leichter zu nehmen. Der DGB startet dazu zwei Initiativen:
Eine, die minderjährige unbegleitete Flüchtlinge auf ihrem Weg in die Ausbildung betreut. Eine andere, die junge Asylsuchende bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen unterstützt.
Die Kontoverbindung für Spenden lautet: Nord LB,
IBAN: DE55 2505 0000 0152 0114 90, BIC: NOLADE2HXXX,
Stichwort: Flüchtlinge.

Deutsche Aktionstage Nachhaltigkeit

Die Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit – eine Initiative des Nachhaltigkeitsrates der Bundesregierung – finden 2016 erneut statt: In der Woche vom 30. Mai bis zum 5. Juni können sich Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Kirchen, Schulen, Kommunen u. a. mit Aktionen für mehr Nachhaltigkeit beteiligen (s. Schwerpunkt ab S. 6 ff. in dieser Ausgabe). Voraussichtlich ab Februar 2016 können sich alle Interessierten mit Ideen auf www.aktionstage-nachhaltigkeit.de anmelden und damit einen Beitrag zur zeitgleich stattfindenden „Europäischen Nachhaltigkeitswoche“ leisten (www.esdw.eu).

Schulreform als Antwort auf Radikalisierung

Der Grad der islamistischen Radikalisierung unter Jugendlichen werde nach Ansicht des Autors und Psychologen Ahmad Mansour unterschätzt, berichtet die Deutsche Presse-Agentur (dpa). Mansour findet, dass es „hierzulande unfassbar viele Jugendliche gibt, die Verschwörungstheorien anhängen, antisemitische Gedanken hegen und nicht demokratisch denken“. Die islamische Religion sei für diese Jugendlichen „das einzige identitätsstiftende Merkmal“. Im politischen Raum sei eine „gewisse Planlosigkeit“ im Umgang mit dem Problem zu erkennen. Schule sei ein Ort, an dem viel erreicht werden könne. „Das bedeutet aber viel Geld, viele Ressourcen und vielleicht auch eine Schulreform.“ Der Palästinenser Mansour arbeitet in der Berliner Beratungsstelle „Hayat“ (zu Deutsch: Leben) und ist Verfasser des Buches „Generation Allah“.

Rörig: mehr Geld für Prävention

Aus Anlass des ersten Europäischen Tages zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch am 18. November hat der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, mehr Geld für Präventionsmaßnahmen gefordert: „18 Millionen Kinder sind laut Weltgesundheitsorganisation WHO in Europa von sexueller Gewalt betroffen.“ Allein in Deutschland habe man, so Rörig, im vergangenen Jahr über 14 000 Kinder als Opfer sexueller Übergriffe erfasst (s. E&W-Schwerpunkte 6/2010, 1/2013, 11/2015). Alle europäischen Staaten seien gefordert, vor dem Problem nicht zurückzuschrecken, sondern „Lösungen zu finden, wie Kinder besser geschützt werden können“. Der Europäische Tag zum Schutz der Kinder vor sexueller Gewalt, der auf eine Initiative des Europarates im Mai zurückgeht, soll dazu beitragen, das Problembewusstsein zu schärfen und nationale wie europaweite Aktivitäten besser zu vernetzen und bekannt zu machen. Hilfetelefon: 0800-2255530 (anonym und kostenfrei); www.hilfeportal-missbrauch.de; www.kein-raum-fuer-missbrauch.de

HRK: Signal gegen Fremdenfeindlichkeit

Rassistischen Äußerungen und Ausschreitungen in Deutschland will die Wissenschaft nach dpa-Angaben ein deutliches Signal entgegensetzen. „Hochschulen sind weltoffene Orte. Meinungsvielfalt und internationaler Austausch sind Grundlagen ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit“, sagte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Horst Hippler, zum Auftakt der am 11. November gestarteten Initiative „Weltoffene Hochschulen – Gegen Fremdenfeindlichkeit“ gegenüber dpa.
Damit reagieren die 268 in der HRK zusammengeschlossenen Hochschulen „auf die Vorkommnisse rassistisch motivierter verbaler und physischer Gewalt in den vergangenen Wochen und Monaten“. Hippler erklärte: „Wir brauchen in dieser Phase klare Bekenntnisse und entschlossenes Handeln der Bevölkerungsmehrheit zugunsten einer toleranten und weltoffenen Gesellschaft.“

Mitmachen lohnt sich ...

... mit jedem neu geworbenen GEW-Mitglied können Sie andere aktiv unterstützen.

Prämie des Monats Dezember:

30-Euro-Spende

Eine Spende in Höhe von 30 Euro für die GEW-Stiftung „fair childhood“
oder den Heinrich-Rodenstein-Fonds

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

HEINRICH RODENSTEIN FONDS e.V.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name _____ GEW-Landesverband _____

Straße/Nr. _____ Telefon _____ Fax _____

PLZ/Ort _____ E-Mail _____

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

„BNE: kein Feigenblatt“

// Die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) hat den Schulen in Deutschland wichtige Impulse gegeben. In den Bildungseinrichtungen dominieren bisher ökologische Fragen. Globale Zusammenhänge, alternative Wirtschaftsformen und soziale Themen wie Gerechtigkeit bleiben im Unterrichtsalltag weitgehend außen vor. //

Abigail Branko und Charlotte Oelschlegel leben in verschiedenen Welten. Ihre gemeinsame Schnittstelle ist der Ghana-Arbeitskreis am Burg-Gymnasium (BG) im schwäbischen Schorndorf. Abigail gehört zu den Schülerinnen und Schülern der Berufsschule „Tema Industrial Mission – Vocational and Technical Institute“ in Ghana, die mit einem Stipendium des BG gefördert werden. Seit mehr als 20 Jahren unterhält das BG die Partnerschaft nach Ghana. Im nächsten Jahr fahren bereits zum dritten Mal Klassen nach Tema. Ghanaische Schüler und Lehrkräfte waren auch schon viermal in Schorndorf zu Besuch. Um den Schüleraustausch zu finanzieren, werben die BG-Klassen unter anderem Geld durch Spenden ein. „Die Arbeit im Ghana-Arbeitskreis hat mir Selbstbewusstsein gegeben“, erzählt Oelschlegel. Sie war 2012 in Ghana. Nach dem

Abitur hat sie ehrenamtlich in Tansania gearbeitet. „Afrika hat viele Facetten. Ich komme immer mit neuer Energie zurück."

„Es gibt Dinge, die begreift man erst, wenn man sie selbst erlebt hat", betont Oelschlegel. Von den drei Wochen in Ghana lebte sie die Hälfte der Zeit in einer Gastfamilie. „Viele Eindrücke hätte ich zwar auch als Touristin sammeln können. Unser Austausch bietet aber die Möglichkeit, die Alltagserfahrungen der Menschen zu teilen. Im Vergleich zu Europa geht es in den Häusern Ghanas sehr lebendig zu. Irgendein Mitglied der ‚extended family' ist immer zu Gast", erzählt Oelschlegel. Überrascht hat sie, dass die Mädchen und Jungen in Ghana sich ähnlich modisch kleideten wie hier und viele Interessen der deutschen Gäste teilten – etwa die Faszination für Smartphones und Computer. Andererseits: „Wir wussten nicht, wie lang die Schulwege vieler Kinder in Ghana täglich sind, die sie auf sich nehmen müssen, um ein Stück jener Bildung abzubekommen, die für uns selbstverständlich ist."

Das Burggymnasium (BG) im schwäbischen Schorndorf unterhält seit mehr als 20 Jahren eine Partnerschaft mit einer Berufsschule in Ghana. 2012 besuchte eine Schülergruppe des BG die Partnerschule und hatte dort die Möglichkeit, die Alltagserfahrungen ghanaischer Jugendlicher zu teilen (v. links: die Schülerinnen Carolin Maschner, Fanny Wandersleb, Hannah Klaiber).

Foto: Michael Oelschlegel

Ziele und Absichten

Seit 2012 ist das allgemeinbildende Gymnasium eine von 200 UNESCO-Projektschulen in Deutschland. Jahrelang haben die Mädchen und Jungen, Eltern und Lehrkräfte auf diesen Status hingearbeitet. Vier Ziele haben die Schulen gemeinsam: Erziehung zur Demokratie auf Basis der Menschenrechte, Förderung des globalen Lernens, Erwerb interkultureller Kompetenz und nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21. Doch diese Vorhaben sind längst noch nicht alle umgesetzt. Dass BNE trotz wachsender Anerkennung immer noch nicht so in den Schulen verankert ist, wie sie sollte, zeigt etwa das „Nachhaltigkeitsbarometer" von Greenpeace*. Demnach wissen zwei von drei Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren zwar, dass eine intakte Umwelt die Grundlage für jede weitere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung ist. Vielen falle es aber schwer, die Ursachen globaler Probleme zu verstehen und Schlussfolgerungen für das eigene Handeln zu ziehen. „Die Politik lässt die Lehrkräfte mit der Aufgabe allein", kritisiert Thomas Hohn von Greenpeace. „Es ist an der Zeit, dass BNE für das gesamte Bildungssystem verbindlich wird."

„In den Köpfen hat sich einiges getan", urteilt Pädagogin Eva-Maria Hartmann. „In der Praxis ist es aber noch ein weiter

Bildung hat hohe Priorität

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) hat Ende September neue Zielmarken beschlossen: 17 Sustainable Development Goals (SDGs) – aufgeteilt in 169 Unterziele – sollen bis 2030 realisiert werden. Inklusiver und gleichberechtigter Zugang zu hochwertiger Bildung sowie die Förderung des lebenslangen Lernens bleiben Anliegen der internationalen Entwicklungsagenda.

Neben „klassischen" Entwicklungszielen – wie das Überwinden von Hunger, extremer Armut etc. – soll die Agenda helfen, auch die ökologischen Ressourcen (Wasser, Klima, Böden) sowie den Frieden zu sichern. Bildung ist eines der 17 Ziele im Aufgabenkatalog der Agenda 2030. Die Bildungsinternationale (BI) hat dafür hart gekämpft. Qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen, so betonte BI-Präsidentin Susan Hopgood in ihrer Rede vor den Staatenvertretern, seien der Schlüssel, um gute Bildung für alle Menschen zu realisieren. Mit den SDGs soll nun die Saat für eine gerechtere Welt gelegt werden.

Skeptisch äußerten sich viele NGOs. Germanwatch fürchtet etwa, die SDGs könnten durch Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA unter die Räder kommen. „Das fundamentale Problem der neuen Entwicklungsagenda ist ihre Widersprüchlichkeit", findet Thomas Gebauer von medico international. „Wie sollen Klima und Umwelt geschützt werden, wenn die Mittel, die dafür nötig sind, über das Wachstum einer zerstörerischen Produktionsweise generiert werden?" N.G.

Foto: Christoph Bächtle

Globales Lernen: Ghana-Arbeitskreis am Burg-Gymnasium. Die Schülerinnen und Schüler lernen, dass Afrika viele Facetten hat.

Weg. Was Schulen unter dem Stichwort BNE anbieten, ist oft sehr lokal und umweltbezogen und blendet Nord-Süd-Fragen aus.“ Der pensionierten Chemie- und Biologielehrerin fehlt der Bezug zum großen Ganzen. Dreieinhalb Jahre hat sie in der bundesweiten Koordinierungsstelle für UNESCO-Projektschulen gearbeitet. Wer die Probleme in der Welt verstehen wolle, müsse sich ihr öffnen, findet sie. Das geschehe viel zu selten. Aus ihrer Sicht muss BNE stärker in den Schullalltag integriert werden, soll sich etwas ändern – jahrgangs- und fächerübergreifend, durch Schulpartnerschaften, aber auch mit Blick auf das soziale Miteinander.

2002 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen, „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ in allen Bildungsbereichen zu verankern. Die Mitgliedsstaaten sollten das Konzept in Kitas und Schulen, in der beruflichen Ausbildung, an Hochschulen und in der außerschulischen Weiterbildung zur Basis ihrer Curricula machen; die UN-Dekade BNE im Zeitraum von 2005 bis 2014 sollte das Anliegen voranbringen. In Deutschland übernahm die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) diese Aufgabe. Doch ihr ist es allenfalls ansatzweise gelungen, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen nachhaltiges Denken und Handeln näherzubringen.

Häufig bleiben Bildungseinrichtungen bei ökologischen Themen stehen. „Der Blick auf Nachhaltigkeit muss breiter werden“, unterstreicht Norbert Hocke, als GEW-Vorstandsmitglied für Jugendhilfe und Sozialarbeit verantwortlich. Zu BNE gehörten auch Armut, Ressourcenverbrauch, das globale Nord-Süd-Verhältnis oder Kinderrechte, betont Hocke. Was Ganzheitlichkeit bedeute, sei in Deutschland noch nicht verstanden worden. „BNE wird immer noch vor allem als Umweltthema gesehen. Die UN-Vorgaben haben aber ein ‚gutes Leben‘ zum Ziel. Dazu gehört beispielsweise auch eine nachhaltige Kindergrundsicherung.“

Hocke rät Kitas und Schulen, die Kinder einfach aus ihrem Alltag erzählen zu lassen: „Viele Einrichtungen sind heute so bunt. Kinder aus aller Welt kommen hier zusammen. Globales Lernen entsteht da ganz von alleine: Wo kommt meine Familie her? Was essen wir? Schnell entwickelt sich daraus eine Diversity-Debatte.“ Generell aber müsse das Thema Nachhaltigkeit in den Kitas mehr Gewicht erhalten und um Aspekte wie Menschenrechte oder Kinderarmut erweitert werden.

„Leuchtturmprojekte“

Marianne und Viktoria denken längst global: „Es ist toll, dass wir Menschen helfen können, indem wir ihre Produkte verkaufen“, sagt Marianne. Und Viktoria ergänzt: „Außerdem können wir darüber Mitschüler für die Probleme ärmerer Länder sensibilisieren.“ Regelmäßig verkaufen die beiden Schülerinnen in den Pausen fair gehandelte Waren an ihrer Fuldaer Schule. „Eduard-Stieler-Schule“ verkünden ihre ungebleichten T-Shirts. Und: „Weltladen AG“. Schön hergerichtet liegt ihr Angebot aus: Schokolade, Riegel, aber auch kleine kunstgewerbliche Produkte wie Portemonnaies. „Die Riegel gehen am besten“, berichten sie.

Beide Jugendliche wissen, dass „Fair Trade“ nicht internationaler Standard ist. Sie verkaufen zu Preisen, die die Produktionskosten decken und die Lebenshaltung der Erzeuger sichern sollen. Nicht alle Mitschüler verstehen ihr Engagement. Schließlich bringt es für die Noten nichts. Den Verkauf am Stand teilen sie sich mit einem Dutzend Mitstreiterinnen und Mitstreitern. Weil die Initiative auch Wissen voraussetzt, beschäftigt sich ihre AG inhaltlich mit fairem Handel, thematisiert Konsumentenverhalten. Das Land Hessen zeichnete die Schülerinnen und Schüler für ihr Engagement aus. Die AG darf sich zudem „Offizielles Projekt der Weltdekade“ und die Schule „Fairtrade School“ nennen.

Gut, doch: „Es darf nicht bei Leuchtturmprojekten bleiben“, betont Ilka Hoffmann, Leiterin des GEW-Vorstandsbereichs Schule. Sie sieht Handlungsbedarf auf der Ebene des Bildungssystems, in Schule und Schulorganisation, bei Unterricht und Lehrerbildung. „Wir müssen weg vom Flickenteppich, hin zu einer Struktur, die in Lehrplänen verankert und umgesetzt wird.“ Im Moment werde BNE häufig einfach an Fächer angehängt, ohne dass das echte Konsequenzen für den Unterricht habe. „BNE darf kein Feigenblatt sein. Sie muss sich als roter Faden durch alle Fächer und Unterrichtseinheiten ziehen.“ An der UN-Dekade hätten sich die Bundesländer in sehr unterschiedlichem Ausmaß beteiligt. Beim neuen Weltaktionsprogramm müssten sie stärker eingebunden werden. „Die zentrale Herausforderung bleibt, BNE in den Lehrplänen der 16 Bundesländer zu verorten.“

BNE wird bundesweit durch Beratungen, Materialien und Schulwettbewerbe gefördert. Damit enden aber auch schon

die Gemeinsamkeiten der Länder. Was BNE ist, wird unterschiedlich definiert. So firmiert sie in Hessen fast ausschließlich unter dem Schlagwort „Umweltschule“. Das soll sich bald ändern. Das Bundesland möchte sich künftig breiter aufstellen, so der Landeskoordinator für BNE/Umweltschule, Reiner Mathar: „Wir wollen verstärkt die globalen Zusammenhänge ins Blickfeld rücken.“ Andere Bundesländer tun das bereits. Experten schreiben Baden-Württemberg** eine Vorreiterrolle zu. Im Aktionsplan „Zukunft gestalten“ benennt die Landesregierung neben Handlungsdefiziten und -bedarfen auch Leitlinien, Ziele und konkrete Maßnahmen. Darüber hinaus skizziert die grün-rote Koalition Vorhaben, die die Vielschichtigkeit von BNE in den verschiedenen Bildungsbereichen sichtbar machen. Etliche sind als Dekade-Projekte ausgezeichnet worden. „Solche Ehrungen sind wichtig“, betont Christian Quanz. Der Pädagoge leitet an der Eduard-Stieler-Schule die Weltladen-AG. „Das stärkt die Engagierten und motiviert andere, mitzumachen“, sagt Quanz. „Manchmal erschwerte es die hohe Arbeitsbelastung, dass mehrere Kolleginnen und Kollegen an einem Strang ziehen.“ Vieles hänge immer noch vom persönlichen Einsatz einzelner Lehrkräfte ab.

„Akteure in eigener Sache“

Dazu sagt GEW-Schulexpertin Hoffmann: „Im Moment lastet ein erheblicher zusätzlicher Arbeitsaufwand auf den Schultern der Kolleginnen und Kollegen, die BNE in ihren Unterricht integrieren wollen.“ Hier müsse es mehr Entlastung geben. Sie verweist auf das Beispiel der Schweiz, die „viel Geld in die Hand genommen und Gehirnschmalz eingesetzt hat“, um qualitativ gutes Unterrichtsmaterial zu erstellen. Immer häufiger benötigten die Lehrkräfte zudem interkulturelle Kompetenz. Das zeige die aktuelle Flüchtlingsbewegung. Vor allem aber müssten die Jugendlichen „zu Akteuren in eigener Sache gemacht werden“, betont Hoffmann.

Nachhaltigkeit müsse im Schulalltag gelebt werden, verlangt auch Gerhard de Haan. Der Vorsitzende des Nationalkomitees der UN-Dekade zieht eine positive Bilanz: In allen Bildungsbereichen seien Grundlagen geschaffen worden, auf denen man aufbauen könne. „Die entscheidenden Schritte zur Implementierung in die Strukturen und den Alltag des Bildungssystems hinein liegen aber noch vor uns.“ BNE müsse den Lernalltag in allen Aspekten prägen. Es gehe nicht nur um veränderte Inhalte, sondern ebenso um partizipative Unterrichtsformen. De Haan tritt dafür ein, Schule als ganzheitliche Einrichtung im Sinne des „Whole School Approach“*** zu sehen. Schule würde dann insgesamt

*Globe Scan 2015

Du entscheidest mit jedem Einkauf, ob gute Arbeit gerecht bezahlt wird. Kaufe gezielt Produkte mit dem Siegel. Und informiere Dich, was Deine Entscheidung für Produkte aus dem Fairen Handel vor Ort bewirkt. **www.fairtrade-deutschland.de**
Mit über 3.000 Produkten und einer Bekanntheit von 83 Prozent* bietet FAIRTRADE die beste Orientierung für nachhaltigen Konsum.

Foto: Maria Obermaier

Ihre Klassenkameraden für die Probleme der Menschen in anderen Ländern sensibilisieren – das wollen die Schülerinnen Seraphine Goldbach (links) und Tabea Hahn. In den Pausen verkaufen sie und die anderen Mitglieder der Weltladen-AG der Eduard-Stieler-Schule in Fulda fair gehandelte Produkte.

Teil von BNE: vom Energieverbrauch über das Essen in der Cafeteria bis hin zu einer Respektkultur in den Klassen. Schule würde so partizipativer und demokratischer.

Die Voraussetzungen dafür sind gut. „Vom Projekt zur Struktur“ soll Leitgedanke bei der Umsetzung von BNE in den kommenden Jahren sein. Das hat die „Nationale Plattform“**** entschieden, die das UNESCO-Nachfolgeprogramm umsetzen will. Multiplikatoren und „Change Agents“, vor allem Jugendliche, sollen stärker angesprochen werden. In einer neuen Kampagne ruft die UNESCO die Lehrkräfte zudem auf, sich im Unterricht für die neuen UN-Sustainable Development Goals (SDGs) einzusetzen (s. S. 2 und Kasten S. 7). Eine hochwertige Bildung zeige sich nicht nur darin wie, sondern auch was gelehrt werde, betont die UNESCO. Weltbürgertum, Geschlechtergerechtigkeit, Respekt und Gerechtigkeit für alle müssten künftig thematisch im Mittelpunkt von BNE stehen.

Norbert Glaser,
freier Journalist

***Greenpeace: Nachhaltigkeitsbarometer – Was bewegt die Jugend? 2013. Die komplette Ausgabe ist als Buch erschienen, Kurzfassung unter www.greenpeace.de/search/nachhaltigkeitsbarometer.**

****Baden-Württemberg: Zukunft gestalten – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg. Aktionsplan 2009. Download unter: www.bne-portal.de/baden-wuerttemberg**

*****Gemeint ist der „Ganze-Schule-Ansatz” für eine nachhaltige Entwicklung, der allen Bedürfnissen der Schulgemeinschaft verpflichtet ist und auf die gesamte Reorganisation einer Bildungseinrichtung zielt (das betrifft auch den Ressourcenverbrauch).**

******Die „Nationale Plattform“ ist ein Beratungsgremium von Entscheidungsträgern aus Politik, Wissenschaft, Industrie und Zivilgesellschaft – auch die GEW ist vertreten.**

Literaturhinweise:

Der „Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ 2013 enthält eine ausführliche Darstellung der Länderaktivitäten unter: www.kmk.org/fileadmin/pdf/Bildung/AllgBildung/Bericht_BNE_2013.pdf

Bundestagsbeschluss „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Mit dem Weltaktionsprogramm in die Zukunft“ (Drucksache 18/4188), 3. März 2015, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/041/1804188.pdf

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungs-analyse für Frauen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✔ **mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können**
- ✔ **wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben**
- ✔ **wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren**

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen:
FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de
oder Telefon 0800 292 22 74.

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

Ein Unternehmen der AXA Gruppe AXA

„Entwicklungspolitik ist nicht weit weg“

// **„Durch die vielen geflüchteten Kinder und Jugendlichen werden globale Fragen ganz automatisch in die Klassenzimmer getragen“, sagt Thomas Silberhorn (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerum für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), im E&W-Interview.** //

E&W: „Stellen Sie sich jeden Tag die Frage, wie sich Ihr Handeln auf unsere Welt auswirkt“, appelliert Ihr Ministerium an die Menschen. Ziemlich viel verlangt!

Thomas Silberhorn: Ganz im Gegenteil. Noch nie waren wir auf unserem Planeten wechselseitig so eng verflochten. Auf denselben Containerschiffen, auf denen Millionen neuer Handys zu uns kommen, transportieren wir unseren Elektroschrott nach Afrika. Wir kaufen hier das T-Shirt oder die Jeans zum Schnäppchenpreis. In Bangladesch kann die Näherin vom Lohn ihrer Arbeit ihre Kinder nicht zur Schule schicken. Das zeigt doch: Entwicklungspolitik ist nichts, was weit weg ist. Sie fängt bei jedem von uns selbst an. Darum geht es in unserer Zukunftscharta*. Diese globalen Zusammenhänge müssen wir erklären.

> „Wenn unser Zusammenleben auf der Erde auch künftig noch funktionieren soll, benötigen wir mehr Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen.“
>
> **Thomas Silberhorn**

E&W: Was erwarten Sie da vom Bildungswesen?

Silberhorn: Schulen sind der Ort, an dem Kinder und Jugendliche mehr über globale Wechselwirkungen erfahren können. Dieses Wissen gehört zu einer Erziehung zu verantwortungsbewusstem Handeln. Heute sind Kinder und Jugendliche international vernetzt. Sie lernen Fremdsprachen ganz selbstverständlich und sind nach meiner Erfahrung sehr an entwicklungspolitischen Themen interessiert. Wenn unser Zusammenleben auf der Erde auch künftig noch funktionieren soll, benötigen wir mehr Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen. Dafür müssen wir Verständnis entwickeln.

E&W: BMZ und Kultusministerkonferenz (KMK) haben 2007 einen „Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung“** beschlossen und im Juni 2015 fortgeschrieben. Worum geht es da?

Silberhorn: Mit dem Orientierungsrahmen wollen wir den „Lernbereich Globale Entwicklung“ in erster Linie über die Unterrichtsfächer und damit die zugehörigen Fachdidaktiken im Zentrum der Schule verankern. So schließt sich eine Lücke in Konzept und Praxis der BNE und des globalen Lernens, soweit diese überwiegend auf außerschulische Projekte und Aktivitäten zielen. Für Partner aus der Zivilgesellschaft ist der Orientierungsrahmen Leitlinie für die Zusammenarbeit mit Schulen. Er enthält auch Hinweise für ihre Profilbildung und macht Vorschläge, wie das Lernumfeld und das Schulleben im Sinne einer „nachhaltigen Schule“ gestaltet werden könnte.

Foto: Bundesregierung/Bergmann

Thomas Silberhorn

E&W: Was hat er bisher bewirkt?

Silberhorn: Globales Lernen, das wir als Teil der Bildung für nachhaltige Entwicklung verstehen, ist heute stärker in den Bildungsstrukturen verankert. Das geht aus einer Auswertung unseres Orientierungsrahmens hervor. Aber das ist natürlich alles noch ausbaufähig. Wir wollen etwa die Lehrkräfteausbildung noch stärker auf nachhaltige Entwicklung fokussieren. An den Schulen des ganzen Landes wird dieses Thema übrigens schon durch die vielen geflüchteten Kinder und Jugendlichen stärker in den Blick geraten. Durch sie werden globale Fragen ganz automatisch auf den Schulhof und in die Klassenzimmer getragen.

E&W: Welche Rolle spielt dabei Ihr Ministerium?

Silberhorn: Die primäre Zuständigkeit für schulische Bildung liegt bei den Bundesländern. Wir können diese im Rahmen unserer Aufgaben koordinierend unterstützen. Das tun wir in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, die wir gemeinsam mit den Ländern vor allem an den Schulen weiter ausweiten wollen. Wir fördern beispielsweise Begegnungen deutscher

Schulen und Lehrerbildungseinrichtungen mit Partnern aus Entwicklungsländern. Wir unterstützen den Schulwettbewerb des Bundespräsidenten Joachim Gauck zur Entwicklungspolitik und den Wettbewerb „Dein Song für Eine Welt“. Damit erreichen wir Tausende Jugendliche. Wir werden auch am „Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung“ intensiv mitarbeiten und uns am „Nationalen Aktionsplan“ beteiligen, gemeinsam mit gesellschaftlichen und staatlichen Partnern.

E&W: „Globales Lernen“ trägt an Kinder und Jugendliche den Anspruch heran, sich zu Problemen zu verhalten, deren Dimension jeden individuellen Handlungsrahmen sprengt. Wie lässt sich vermeiden, dass daraus Frustrationen entstehen?

Silberhorn: Kein Mensch kann alleine handeln. Aber jeder kann etwas tun. Wir wissen nur noch zu wenig darüber, wie wir im Alltag auf globale Prozesse Einfluss nehmen können. Deshalb ist es uns auch so wichtig, dass wir die Zukunftscharta als Dialogprozess begreifen. Mit unserer „ZukunfsTour“, die derzeit durch alle Bundesländer führt, gehen wir auf die Menschen zu. Wir möchten mit ihnen ins Gespräch kommen über fairen Konsum, faire Kleidung, Klimaschutz. Und selbstverständlich geht es immer wieder um die Frage: Was sind die Ursachen, warum 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind?

E&W: Haben Sie eine Idee, wie Deutschland im Sinne einer Zukunftscharta 2030 aussehen könnte?

Silberhorn: Es sollte ein Land sein, in dem wir bewusster einkaufen, um fairen Handel weltweit zu fördern. Dessen Bürgerinnen und Bürger die Erde nicht mehr in Erste, Zweite, Dritte Welt aufteilen, sondern sich bewusst sind, dass es nur eine Welt gibt, für die wir gemeinsam Verantwortung tragen.

Interview: Winfried Dolderer,
Historiker und Publizist

***Die Zukunftscharta „EINEWELT – Unsere Verantwortung“ wurde nach einem dreimonatigen Konsultationsprozess mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft im Juli 2014 vom BMZ veröffentlicht. Sie soll in acht Kapiteln den Weg in eine „nachhaltige und gerechte Welt“ beschreiben. (www.zukunftscharta.de)**

****Infos: www.bmz.de/20150612-1, www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2015/2015_06_00-Orientierungsrahmen-Globale-Entwicklung.pdf**

Freie Aktive Schule Wülfrath

Jeder Mensch ist anders, warum sollten dann alle Schulen gleich sein?

Die Finanzierung einer Schule vor 40 Jahren war der Gründungsimpuls unserer Bank. Seitdem finanzieren wir Bildungseinrichtungen. Dabei ist uns die Förderung der pädagogischen Vielfalt wichtig. Ob sich Ihr Vorhaben an der Waldorf-, Montessori- oder Jenaplan-Pädagogik orientiert, oder Sie neue Wege gehen möchten: Gerne gehen wir mit Ihnen.

Finanzierungsangebote und -beratung
Telefon +49 234 5797 300, www.gls.de

GLS Bank
das macht Sinn

Zwischen Anspruch und

// Bildung spielt auf dem Weg der Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung eine wichtige Rolle. Das müsste Lehrerbildung noch viel stärker berücksichtigen. //

Mit der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) und dem „Globalen Lernen“ (GL) als BNE-Zugang sind in den vergangenen 20 Jahren pädagogische Konzepte, Schulentwicklungsmodelle und konkrete Unterrichtsansätze entstanden. Besonders im Rahmen der „UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ von 2005 bis 2014* haben sich die pädagogischen Aktivitäten vervielfacht. Ein Weltaktionsprogramm der Vereinten Nationen setzt diesen Weg nun fort, hin zu einer „Global Citizenship Education“. Wenngleich dieser Begriff, angesichts der derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Krisen sowie massiver Fluchtbewegungen, eine sehr idealistische Konnotation hat, sollten doch das Verstehen globalen Wandels und das Ziel nachhaltiger Entwicklung in die Unterrichtspraxis einfließen. Bildung kann zwar die komplexen globalen Probleme allein nicht lösen, sie kann aber dennoch einen wichtigen Beitrag zu erforderlichem Wissen und nötigem Kompetenzerwerb leisten. Der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung“ (s. S. 12 f.) hat seit 2007 sowohl die Curriculum-Entwicklung der Grundschule als auch einschlägiger Fächer beeinflusst, etwa Geografie, Ethik/Religion, Wirtschaft, Biologie und politische Bildung. In der jetzt verabschiedeten Neufassung geht es auch um Vorschläge zur Entwicklung der „ganzen Schule“ sowie der Lehrerbildung**.

Große Kluft

Neuere Studien zeigen, dass gerade in der pädagogischen Ausbildung zwischen Anspruch und Wirklichkeit noch eine tiefe Kluft zu überwinden ist. Ein immer noch großer Teil der Lehrkräfte weiß kaum etwas über BNE. Auch, weil dieses Feld in der Lehrerbildung noch wenig verankert ist. Dabei geht es nicht immer um den Erwerb völlig neuer Kenntnisse, sondern oft auch darum, vorhandenes Professionswissen mit systemvernetzenden und spezifischen Lernarrangements der BNE zu verbinden***. So geht der neue Orientierungsrahmen davon aus, dass beispielsweise globalgeschichtliches Grundlagenwissen unerlässlich ist, ohne naturwissenschaftliche und mathematische Zugänge aber komplexe Zusammenhänge nicht zu verstehen sind. Etwa wenn es um biologische Vielfalt, Ressourcenfragen oder Klimamodelle geht. Grundlagen für BNE müssen einerseits fächerverbindend gedacht werden, gehören andererseits aber bereits zum festen Inventar der Studienfächer. Globale Nachhaltigkeitsfragen können in die Fachgebiete integriert werden.

Inzwischen gibt es aber gute Beispiele für BNE in der Ausbildung der Lehrkräfte. Vielfach handelt es sich um innovative Elemente, die sich erst noch zu einem Systemansatz entwickeln müssen. So hat beispielsweise die Leuphana-Universität in Lüneburg**** für alle Studiengänge ein gemeinsames erstes Semester eingeführt, in dem – im Sinne eines Studium Generale – fächerübergreifend zu Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Verantwortung gearbeitet wird. Oder: Studierendeninitiativen im Lehramt haben an der Universität Tübingen ein Konzept für eine nachhaltige Mensa vorgelegt, in dem der Ort der Essensausgabe zum informellen Lernort der Nachhaltigkeit transformiert wird. Und in Kassel haben Studierende einen konsumkritischen Stadtrundgang entwickelt, der in Kooperation mit einem Verein jetzt fester Bestandteil des Lehramtsstudiums für das Fach „Politik und Wirtschaft“ wird und auch im erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Teil des Studiums angerechnet werden kann.

Der außerschulische Lernort Tropengewächshaus der Uni Kassel in Witzenhausen, in dem jährlich etwa 2 500 Schülerinnen und Schüler etwas über ökologische, ökonomische und soziale

Foto: Machil/ Kassel

Außerschulischer Lernort Tropengewächshaus der Uni Kassel in Witzenhausen: Hier erfahren jährlich zirka 2 500 Schülerinnen und Schüler etwas über ökologische, ökonomische und soziale Aspekte des Kaffee- und Kakaoanbaus.

Wirklichkeit

Aspekte von Kaffee, Kakao, Ölpalmen etc. lernen, wird ebenfalls für die Lehrerbildung genutzt. Im vergangenen Jahr arbeiteten außerdem zehn Fachdidaktiker der Universität Kassel gemeinsam an einem Projekt unter dem Titel „Teaching Right Livelihood“. Preisträger des „alternativen Nobelpreises“ aus Bangladesch, Afghanistan und Argentinien waren eingeladen, um mit Lehrenden aus Schule und Hochschule, mit Studierenden und teils auch mit Schülerinnen und Schülern Unterrichtsprojekte zur biologischen Vielfalt, zu Menschenrechtsfragen oder zu alternativen ökonomischen Ansätzen zu erarbeiten. Dabei entwickelten sich interdisziplinär ausgerichtete Lehrveranstaltungsformate und Unterrichtskonzepte.

NGOs beraten

Praxisbeispiele im Orientierungsrahmen zeigen zudem, dass es – trotz aller zeitlichen Einschränkungen im Schulalltag – selbst im Referendariat Möglichkeiten gibt, BNE umzusetzen. So arbeiten z. B. Studienseminare in Rheinland-Pfalz zu Konzepten und Folgen von Mikrokrediten in ärmeren Ländern. Auch in Baden-Württemberg und Hamburg sind Nachhaltigkeitsfragen in vielen Studienseminaren präsent. In der Fort- und Weiterbildung sind viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) tätig, einerseits beratend, anderseits bieten sie aber auch Kooperationsprojekte für den schulischen Unterricht an. Zum Beispiel das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum (EPIZ) Berlin, das EPIZ Reutlingen, „Open School 21“ in Hamburg oder der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen*****.

Wie notwendig ein rasches Bereitstellen von Strukturen ist, die die konkrete schulische Arbeit unterstützen, zeigt eine neue Studie der Universität Hannover, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung. Über 200 befragte Hauptschüler und Gymnasiastinnen gaben an, dass sie zwar Kenntnisse vom Globalisierungsprozess und auch Fragen der Nachhaltigkeit auf dem Schirm hätten, sie aber nicht recht wüssten, welche Konsequenzen sie daraus ziehen sollten******. Nur wenige der Jugendlichen setzten ethische über marktwirtschaftliche Ziele. Globalisierung und die Regelung weltweiter Nachhaltigkeitsproblematik sahen sie als politisch nicht steuerbar an. Der neue Orientierungsrahmen erinnert daran, dass politische Bildung nicht nur Aufgabe eines „stundenschwachen“ Faches ist, sondern eine der „ganzen Schule“.

Bernd Overwien,
Leiter des Fachgebietes
„Didaktik der politischen Bildung“
an der Universität Kassel

*Siehe: www.bne-portal.de/
**Siehe: www.orientierungsrahmen.de
***Vgl. Hellberg-Rode; G.; Schrüfer, G.; Hemmer, M.: Brauchen Lehrkräfte für die Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) spezifische professionelle Handlungskompetenz? In: Zeitschrift für Geographiedidaktik, Heft 4 (2014), S. 257–281
****Von dort aus wird auch ein deutschsprachiges Netzwerk zu BNE und Lehrerbildung koordiniert: www.leuphana.de/lena.html
*****Siehe für (fast) alle Bundesländer: www.globaleslernen.de
******Fischer, S.; Kleinschmidt, M.; Fischer, F.; Lange, D.: Globalisierung und politische Bildung. Wiesbaden 2015

Ökostrom und Biogas – saubere Energie vom nachhaltigen Versorger

Jetzt wechseln und 25 €-Strom- bzw. Gasgutschrift erhalten: www.naturstrom.de/ewi

- Strom aus Wasser- und Windkraft, empfohlen von BUND und NABU
- Biogas aus Rest- und Abfallstoffen
- Anbieter unabhängig von Kohle- und Atomindustrie
- Bau und Förderung neuer Öko-Kraftwerke
- fairer Preis, keine Mindestvertragslaufzeit, einfacher Wechsel

ÖKO-TEST Öko-Stromtarif naturstrom sehr gut Spezial Energie 2015
GRÜNER STROM Das Ökostromlabel der Umweltverbände
GRÜNES GAS Das Biogaslabel der Umweltverbände

NATURSTROM AG
Achenbachstraße 43 • 40237 Düsseldorf • Tel 0211 77900-300

naturstrom
ENERGIE MIT ZUKUNFT

BNE – was ist das?

// Den Begriff „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) hat die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro geprägt. Der Kongress gilt als Meilenstein für die Integration von Umwelt- und Entwicklungsbestrebungen. Wichtige Ergebnisse der UNCED sind die Agenda 21 sowie die Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung. //

Die Agenda 21 nennt Bildung als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitsstrategie. Alle Menschen müssten in die Lage versetzt werden, Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft in ihrer Komplexität und gegenseitigen Abhängigkeit zu erfassen und so die Herausforderungen der Zukunft – etwa Klimawandel oder Migration – zu meistern. Mit Blick auf die Umsetzung der Agenda-Ziele schloss sich der Gipfel den Empfehlungen der „Weltkonferenz Bildung für alle“ 1990 in Thailand an, möglichst schnell und weltweit in allen Bereichen ein Bewusstsein für Umwelt und Entwicklung zu fördern. In Deutschland wurde das Treffen in Rio stets als Umweltgipfel verstanden. So erstaunt es nicht, dass die ersten BNE-Konzepte aus der Umweltbildung kommen. „Globales Lernen“ (GL) fristet hingegen noch bis heute ein Schattendasein. Als pädagogische Antwort auf Globalisierungsprozesse will GL dazu anleiten, die Welt insgesamt in den Blick zu nehmen – nicht nur unter Ökologie-Aspekten: Menschenrechte, Gerechtigkeit und Friedenspädagogik sind ebenfalls wichtige Felder. Der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2007 (s. S. 12 f.) versucht, die unterschiedlichen Inhalte konzeptionell zusammenzuführen.

Weltweit gibt es eine Vielfalt an Zielformulierungen für BNE*. International am häufigsten zitiert ist die von der UNESCO vorgeschlagene Formulierung**. Im Nationalen Aktionsplan für Deutschland heißt es: „Die globale Vision der Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (die 2014 zu Ende gegangen ist; Anm. d. Red.) ist es, allen Menschen Bildungschancen zu eröffnen, die es ermöglichen, sich Wissen und Werte anzueignen sowie Verhaltensweisen und Lebensstile zu erlernen, die für eine lebenswerte Zukunft und eine positive gesellschaftliche Veränderung erforderlich sind.“ Die mitunter geäußerte Kritik, BNE und Orientierungsrahmen würden sich zu wenig mit den Folgen kolonialer Machtverhältnisse sowie der Machtasymmetrie zwischen Nord und

Foto: imago

Zentrales Ergebnis der UN-Konferenz für Umwelt- und Entwicklungsbestrebungen (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 war die Agenda 21. Diese nennt Bildung als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitsstrategie.

„Nachhaltige Entwicklung“

Hans Carl von Carlowitz hat den Begriff „Nachhaltigkeit“ in seinem 1713 erschienenen Buch zur Waldökonomie geprägt. Dort verlangte er, dem Wald nicht mehr Holz zu entnehmen als nachwachsen kann. Die heutige Bedeutung des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung geht auf die Arbeit der „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ (Brundtland-Kommission) von 1987 zurück. Diese suchte eine Formel, um die Ziele des Umweltschutzes (Anliegen der Industrieländer) mit jenen der Entwicklung (Interesse der Entwicklungsländer) in Einklang zu bringen.

Eine verbindliche Definition von „Nachhaltiger Entwicklung“ gibt es bis heute nicht. Allein für „Nachhaltige Entwicklung“ existieren unzählige Übersetzungen. Der Brundtland-Report „Our Common Future“ definiert „Nachhaltige Entwicklung“ als „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“. Die Deutsche UNESCO-Kommission hebt das „magische Dreieck“ des Gesamtkonzepts hervor: „Ökonomische, ökologische und soziale Entwicklungen dürfen voneinander nicht getrennt oder gegeneinander ausgespielt werden: kein dauerhafter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fortschritt ohne intakte Umwelt – keine intakte Umwelt ohne wirtschaftliche und gesellschaftliche Prosperität.“ N.G.

Süd auseinandersetzen, stößt allerdings auf scharfen Widerspruch.***

Norbert Glaser,
freier Journalist

***Über zahlreiche Aktivitäten rund um BNE informieren die Portale: www.bne-portal.de und www.unesco.de**

****BNE befähigt Lernende, informierte Entscheidungen zu treffen und verantwortungsbewusst zum Schutz der Umwelt für eine bestandsfähige Wirtschaft und eine gerechte Gesellschaft für aktuelle und zukünftige Generationen zu handeln und dabei die kulturelle Vielfalt zu respektieren. Es geht um einen lebenslangen Lernprozess, der wesentlicher Bestandteil einer hochwertigen Bildung ist.**

*****Besonders ausgeprägt ist die Kritik in zwei Aufsätzen des Informationszentrums Dritte Welt (IZ3W) Freiburg (Albrecht-Heide 2012; Danielzik/Flechtker 2012). Die Gegenposition: Bernd Overwien: Falsche Polarisierung. Die Critical Whiteness-Kritik am Globalen Lernen wird ihrem Gegenstand nicht gerecht, in: Blätter des IZ3W, Freiburg 8/2013**

www.didacta.de

didacta
die Bildungsmesse

Köln, 16. – 20. Februar 2016

- Frühe Bildung
- Schule/Hochschule
- Neue Technologien
- Berufliche Bildung/ Qualifizierung
- Ministerien/Institutionen/ Organisationen

Bildung öffnet Perspektiven

Wer im Bildungsbereich tätig ist, muss immer auf dem neuesten Stand sein und sich ständig weiterentwickeln. Da liegt es nahe, sich dort zu informieren, wo man garantiert das umfassendste und aktuellste Angebot in Sachen lebenslanges Lernen erwarten darf: auf der **didacta 2016 in Köln.**

Sparen Sie beim Online-Ticketkauf: www.didacta-koeln.de/tickets
Planen Sie Ihren Messebesuch mit der offiziellen App zur didacta 2016: (verfügbar ab Mitte Dezember):

Download on the App Store · Google play

Koelnmesse GmbH, Telefon +49 180 610 3101*,
Telefax +49 221 821-991370, didacta@visitor.koelnmesse.de
*(0,20 EUR/Anruf aus dem dt. Festnetz, max. 0,60 EUR/Anruf aus dem Mobilfunknetz)

Medienpartner:
Deutschlandradio

koelnmesse

Instrumentenkasten

// Wesentlicher Bestandteil des Ansatzes Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Umwelt gleichberechtigt und in ihren globalen Bezügen zu betrachten. Hintergrund ist dabei die Prämisse, dass alle Menschen Anspruch auf denselben Umweltraum und denselben Anteil an den Ressourcen des Planeten haben. Zum Thema gibt es eine Fülle von Materialien, die pädagogische Fachkräfte in ihrer Arbeit unterstützen und anregen können. Eine Auswahl. //

Als Einstieg in das Thema bieten sich das Portal **www.bne-portal.de** der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) sowie auch der E&W-Schwerpunkt 6/2008 „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ an. Die UNESCO-Seite informiert nicht nur über aktuelle Entwicklungen. Sie gibt unterschiedlichen Zielgruppen auch umfangreiche Informationen zu allen Aspekten nachhaltiger Bildung. Lehrende erhalten gratis Lehrmaterialien für den Unterricht sowie Empfehlungen zu Büchern, Filmen oder Spielen.

E&W-Schwerpunkt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, 6/2008

Zentrale Anlaufstelle für Lehrkräfte und andere Multiplikatoren, die Globales Lernen (GL) in ihren Unterricht einbinden wollen, ist das Portal **www.globaleslernen.de.**
Die Seite wird von der „Eine Welt Internet Konferenz“ (EWIK) betrieben, einem Zusammenschluss von 90 Organisationen und Institutionen, die Impulse für entwicklungspolitische Bildung setzen wollen.

Ergänzend zu den bundesweit relevanten Internetseiten verfügen fast alle Bundesländer über eigene Web-Angebote zum Thema. Einen ersten Überblick sowie Zugang zu den jeweiligen BNE-Angeboten finden Interessierte unter **www.bne-portal.de/bundeslaender.**
Der Auftritt von Baden-Württemberg **www.bne-bw.de** ist besonders umfangreich.
Globale Themen direkt ins Klassenzimmer liefert die Teilnahme am Wettbewerb des Bundespräsidenten „Eine Welt für alle“ **www.eineweltfueralle.de.** 2015/2016 sollen die Kinder und Jugendlichen für die kulturelle Vielfalt in der Welt sensibilisiert werden.
Pädagogische Unterstützung, BNE im Unterricht zu realisieren, ist über die Anlaufstellen der Bundesländer zu erhalten. In Rheinland-Pfalz etwa betreut ein landesweit kooperierendes Team, das verschiedene Schularten, Fachrichtungen und Fächer vertritt, Lehrerinnen und Lehrer: **http://nachhaltigkeit.bildung-rp.de/unterstuetzungsangebot.html.**
Frischen Wind ins Klassenzimmer bringen auch Entwicklungshelfer, Experten, Menschen mit Migrationshintergrund etc. Viele entwicklungspolitische Organisationen schicken gerne Fachleute in die Bildungseinrichtungen. Infos etwa unter: **www.globaleslernen.de/de/service/referentenvermittlung.**

Vertiefende Informationen:
„Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung“, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), 2014. Download: **www.bmbf.de/pub/Nachhaltigkeit_im_Berufsalltag_barrierefrei.pdf**
Deutsche UNESCO-Kommission (Hrsg.): Ute Stoltenberg: „Bildungspläne im Elementarbereich“. Ein Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung? 2008. Download: **www.bne-portal.de/fileadmin/unesco/de/Downloads/Dekade_Publikationen_national/Bildungsplaene_im_Elementarbereich.pdf**
GEW: Kurs auf eine nachhaltige Entwicklung. Lernen für eine zukunftsfähige Welt, 2009. Download: **www.gew.de/schule/oekonomische-bildung/nachhaltigkeit/gew-positionspapier**
Kultusministerkonferenz (KMK): „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“, zweite aktualisierte und erweiterte Auflage, Juni 2015. Download: **www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2015/2015_06_00-Orientierungsrahmen-Globale-Entwicklung.pdf**
Transfer21: Orientierungshilfe „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Sekundarstufe I“, 2007. Download: **www.nachhaltigkeit.bildung-rp.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Orientierungshilfe_Kompetenzen.pdf**

Material zu UN-Klimakonferenz

Anlässlich der Weltklimakonferenz in Paris, die noch bis zum 11. Dezember läuft, bietet Greenpeace Bildungsmaterial mit aktuellen Informationen und Anregungen für den Schulunterricht an. Lehrerinnen und Lehrer können damit wesentliche Fragen zu den Verhandlungen um einen Klimavertrag bearbeiten: Warum dauert es so lange, verbindliche Ziele zu vereinbaren? Und was hat die Konferenz in Paris mit jedem Einzelnen zu tun? Das Material „Alles Verhandlungssache?“ zeigt die globalen Zusammenhänge des Klimawandels auf und gibt Anregungen, wie der Einzelne eine nachhaltige Zukunft aktiv mitgestalten kann.
Das Bildungsmaterial ist für alle Schularten ab Klasse 9 geeignet. Es lässt sich unter **http://gpurl.de/EWwoE** herunterladen oder kostenfrei bei Greenpeace bestellen, E-Mail: mail@greenpeace.de.

A13-Debatte tobt im Norden

// In Schleswig-Holstein tobt die A13-Debatte, die Diskussion um die materielle Gleichstellung der Grundschullehrkräfte mit der Besoldung der anderen Lehrerinnen und Lehrer – Präzedenzfall aus dem Norden? //

„Wir üben jetzt das Einmaleins mit Sieben. Was machen wir? Das Einmaleins mit Sieben …“ Langsam und bewusst einfach spricht Marion Mueller (Name geändert) mit ihrer Klasse, schließlich sind nur neun der 26 Drittklässler mit Deutsch als Muttersprache aufgewachsen. Seit fünf Jahren arbeitet die 31-Jährige in einer Grundschule eines sozialen Brennpunktes in Kiel. Sie hat oft lange Arbeitstage, an denen sie auch noch weit nach Unterrichtsschluss z. B. Gespräche mit Eltern oder Kolleginnen und Kollegen führen muss. Sie liebt ihren Beruf – doch in den vergangenen Wochen bekam ihre Freude einen Dämpfer. Schuld ist das geplante Gesetz zur Lehrerbesoldung. Die SPD-geführte Landesregierung in Schleswig-Holstein will angesichts neuer Schulformen und geänderter Studiengänge die Einkommen der Lehrkräfte angleichen. Doch nur Lehrende an weiterführenden Schulen sollen davon profitieren, in den Grundschulen soll weiterhin die Besoldungsstufe A12 gelten.

Nicht nur ungerecht, sondern auch juristisch nicht haltbar, findet Matthias Heidn, GEW-Vorsitzender in dem nördlichsten Bundesland: „Eigentlich gilt im Beamtenrecht: gleiche Ausbildung, gleicher Lohn.“ Für alle Lehrämter, von Grundschule über Sonderpädagogik bis Gymnasium, studiert der pädagogische Nachwuchs mittlerweile nämlich zehn Semester und erwirbt 300 Leistungspunkte. In der Vergangenheit hatten Landesregierungen die schlechtere Besoldung der Grundschullehrkräfte gegenüber anderen Lehrerinnen und Lehrern in der Regel mit deren kürzerer Ausbildung begründet. Neben Schleswig-Holstein zieht dieses Argument jetzt auch in Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Berlin nicht mehr.

Trotzdem wollen die Länder die Grundschullehrkräfte jedoch nicht besser besolden. Aktuell „schieben sie sich

Our Common Future:
Schüler, Lehrer, Wissenschaftler forschen für die Welt von morgen

Nachhaltigkeit – was ist das eigentlich?

Durch gemeinsame Projekte und eine regelmäßig stattfindende bundesweite Konferenz sollen Lehrer und Schüler weiterführender Schulen Einblick in aktuelle Methoden und Erkenntnisse der Nachhaltigkeitsforschung erhalten.

Lehrer und Wissenschaftler mit einer Idee für ein längerfristiges Projekt können sich bei der Stiftung um Fördergelder bewerben. Die gemeinsame Forschung mit regelmäßigem persönlichen Austausch sollte dabei im Mittelpunkt stehen.

Sind Sie neugierig geworden?

Dann informieren und bewerben Sie sich unter

www.bosch-stiftung.de/ourcommonfuture

Robert Bosch Stiftung

Foto: dpa

Unter dem Motto „A13 für alle! Weil's richtig ist." gingen über 1 000 Lehrkräfte in Kiel am 24. November auf die Straße. Anlass für die Demonstration, zu der die GEW Schleswig-Holstein aufgerufen hatte: der Entwurf für ein neues Besoldungsgesetz. Danach sollen Grundschullehrerinnen und -lehrer weiterhin rund 350 bis 450 Euro im Monat weniger erhalten als die Lehrkräfte anderer Schularten.

gegenseitig den Schwarzen Peter zu", kritisiert Heidn: „Schleswig-Holstein argumentiert, es könne als Nehmerland keinen Alleingang starten. Aber wer die Ausbildung ändern will, muss daraus die Konsequenzen ziehen, die Besoldung anzupassen."

„Kein Sparmodell?"

„Ich sehe keinen Grund, warum ausgerechnet Schleswig-Holstein als erstes Bundesland etwas ändern sollte, was Konsens in allen Ländern ist", so Ministerin Britta Ernst (SPD) gegenüber E&W. Niemand werde schlechter besoldet, 2 000 Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen stellten sich besser. „Wir hätten auch allen Neueinsteigern A13 zahlen können – aber das hätte erst recht zu Unmut geführt, wenn die 55-Jährige mit jahrelanger Berufserfahrung schlechter gestellt ist als der 27-Jährige frisch von der Universität."

Dass es darum geht, Geld einzusparen, weist Ernst zurück: „Dies ist kein Sparmodell." Aber fraglos sind die Summen beträchtlich: Rund 30 Millionen Euro würde „A13 für alle" zusätzlich kosten, die jetzige Regelung, die im Februar 2016 inkraft tritt, kostet rund elf Millionen Euro im Jahr mehr. Für die einzelne Lehrkraft geht es um etliche Euro pro Monat. Aber noch mehr als das ärgert Grundschullehrerin Mueller, wie die Landesregierung den finanziellen Unterschied begründet: Zwar sei das Studium „formal angeglichen", die „tatsächlichen Anforderungen" seien aber geringer. Das Grundschullehramt sei schließlich „vorrangig pädagogisch geprägt".

„Im Grunde sagt mir mein Arbeitgeber, dass er meine Tätigkeit nicht wertschätzt", betont Mueller. „Das tut richtig weh." Dabei sei die pädagogische Arbeit in der Grundschule die Basis für jedes weitere Lernen: „Wie kann es weniger wert sein, ein Kind in die Welt der Zahlen einzuführen, als ihm Algebra beizubringen?"

Diesen Punkt sieht auch Matthias Heidn kritisch: „Es mag sein, dass das Korrigieren einer Abiturklausur aufwändiger ist als ein Diktat in der zweiten Klasse – aber dieser Unterschied muss über Arbeitszeit und nicht über die Gehaltsstufe ausgeglichen werden."

Kritik am Gesetzentwurf kommt auch von der Opposition im Landtag: Eine Ungerechtigkeit werde durch eine andere ersetzt, bemängelt Heike Franzen (CDU). Die Begründung sei „komplett auf Sand gebaut", findet Anita Klahn (FDP). Die Abgeordneten des Regierungslagers geben zu: „Hand aufs Herz: Da besteht eine Ungerechtigkeit", so Jette Waldinger-Thiering von der Partei der dänischen und friesischen Minderheit, SSW. Aber diese Ungerechtigkeit könne man nur „Schritt für Schritt beseitigen", fügt Martin Habersaat (SPD) hinzu. Und Anke Erdmann (Grüne) erinnert: „Das Besoldungsrecht kennt viele Ungerechtigkeiten. Wir heilen nicht alles – aber Tausende Lehrkräfte bekommen mehr."

Die Ungerechtigkeitslücke an den weiterführenden Schulen zu schließen sei richtig, sagt Heidn. Sie betrifft Gemeinschaftsschulen, in denen bislang Lehrkräfte für gleiche Tätigkeit – je nach Ausbildung – unterschiedlich bezahlt werden. Künftig also sollen die neu eingestellten Sekundarschullehrkräfte A13 erhalten. Wer aber ursprünglich auf das Lehramt für Grund- und Hauptschule studiert hat, muss Fortbildungen absolvieren und auf die Hochstufung warten, selbst wenn er seit Jahrzehnten unterrichtet.

Warten auf Kompromisse

Heidn erwartet Kompromissvorschläge: „Wir haben nichts gegen Fortbildung. Aber wieder überzeugt die Begründung nicht und führt dazu, dass erfahrene Fachkräfte benachteiligt werden." Es entstehe der Eindruck, die Landesregierung wolle vor allem Zeit gewinnen.

„Keineswegs!", widerspricht die Ministerin. Der Gehaltsunterschied drücke keine mangelnde Wertschätzung aus, sondern sei im Landesdienst normal: „Schauen Sie sich Polizisten oder Beamte in den Ministerien an, die für verantwortungsvolle Arbeiten deutlich weniger als A12 erhalten."

Die GEW überzeugt das nicht: „Viele Kollegen und Kolleginnen sind richtig sauer", stellt Heidn fest. Der Protest machte sich bei Demonstrationen Luft, weitere Aktionen sollen folgen. Auch eine juristische Überprüfung behält sich die GEW vor. „Wir erwarten eine politische Lösung. Für die Grundschullehrkräfte müssen mindestens konkrete Perspektiven aufgezeigt werden, ab wann sie A13 erhalten können", unterstreicht Heidn.

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

„Migration ist Teil der Schule“

// Als GEW-Vorsitzende Marlis Tepe Mitte 2014 den Impuls gab, eine Fachtagung zum Thema Migrantinnen und Migranten in der Bildungslandschaft auszurichten, konnte sie noch nicht ahnen, welche Dimension das Thema aktuell bekommen sollte. Angesichts hunderttausender Flüchtlinge in Deutschland fand die Konferenz „Bildung in der Migrationsgesellschaft“ Mitte November in Leipzig mit 130 Gästen genau zur richtigen Zeit statt. //

Dass es für den Expertenaustausch mehr Anmeldungen als Plätze gab, zeigte, wie brisant das Thema für Lehrkräfte, Erzieherinnen, Wissenschaftler, Sozialarbeiterinnen und andere Fachleute mittlerweile geworden ist. „Die Wirklichkeit hat uns eingeholt. Sie stellt uns Praktikerinnen und Praktiker vor große Herausforderungen, die wir gerne annehmen“, betonte GEW-Vorsitzende Tepe. „Wir erkennen durchaus an, dass Politik in den vergangenen Monaten viel getan hat – aber das reicht noch nicht. Im Bildungbereich brauchen wir mehr Unterstützung.“ Nötig seien ein professioneller Umgang mit sprachlicher, ethnischer, kultureller und religiöser Vielfalt, die migrationspolitische Öffnung der Bildungsinstitutionen sowie der Abbau von Ungleichheiten und Diskriminierungen.

Foto: Sebastian Willnow

Der Oldenburger Pädagogik-Professor Paul Mecheril, einer der Verfasser des Aufrufs „Für solidarische Bildung in der globalen Migrationsgesellschaft“, warb in Leipzig leidenschaftlich dafür, den Aufruf zu unterzeichnen.

Welche Aufgaben die Bildungsgesellschaft stemmen muss, machte auch die Bremer Professorin für Interkulturelle Bildung Yasemin Karakaşoğlu deutlich: „Wir müssen anerkennen, dass Migration ein Teil der Schule ist und der Nationalstaat nicht mehr der Bezugsrahmen für Bildungspolitik sein kann.“ Schule habe die Aufgabe, migrationsbedingte Vielfalt als gesellschaftliche Normalität wahrzunehmen und zu akzeptieren. Geflüchtete seien dabei ebenso verschiedenartig wie die aufnehmende Gesellschaft – zu ihnen gehörten Akademikerinnen und Akademiker ebenso wie Analphabeten, sagte Karakaşoğlu. Doch Migration könne sogar zum Motor von Veränderungen werden, wenn sich Politik wie in Bremen grundlegend für ein inklusives Schulsystem entscheidet. Anregungen dazu gebe es längst: „Die UN-Guidelines zur Inklusion von 2005* verändern den Blick: weg vom Kind als Problem – hin zum selektiven System als Problem.“

Der Schatten von Paris

Überschattet wurde die Fachtagung von den verheerenden Pariser Terroranschlägen, die in der Nacht des Kongress-Wochenendes geschahen. Die Tagungsteilnehmenden gedachten der 129 Mordopfer mit einer Schweigeminute.

Dass gelingende Inklusion von Migrantinnen und Migranten in

Bäume pflanzen – Werte schaffen

www.WerdeBaumSparer.de

Tel: 0 228/943 778-0

ForestFinance
Wir machen Wald. EST. 1995

„Jeder hat das Recht auf Bildung...“
Artikel 26 (1) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wer wir sind

World University Service (WUS) ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das **Menschenrecht auf Bildung** einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

WUS unterstützt ausländische Studierende durch:
- **Lobbyarbeit** zur Verbesserung der Rahmenbedingungen
- **berufliche Orientierung** und **Reintegration** in ihren Herkunftsländern
- **STUBE** – das Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Hessen
- das **Portal Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext**

Globales Lernen und Portale

Förderung des Globalen Lernens und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) durch:
- die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** im Bereich der Vernetzung und Vermittlung von Informationen
- das **Portal Globales Lernen der Eine Welt Internet Konferenz (EWIK)** beim WUS: kostenfreie Unterrichtsmaterialien und aktuelle Aktionen und Veranstaltungen aus dem Bereich Globales Lernen
- das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** im Auftrag der 16 Deutschen Länder

WUS World University Service
World University Service - Deutsches Komitee e.V.
Tel: 0611/446648 * info@wusgermany.de *
www.wusgermany.de

Deutschland längst noch nicht realisiert ist, verdeutlicht auch die neue Studie der GEW „Es darf nicht an Papieren scheitern“, die die mangelhafte Praxis bei der Einschulung von Kindern ohne Aufenthaltsstatus in die Grundschulen offenlegt (s. S. 38 f.) Die GEW unterstützt in diesem Zusammenhang den Aufruf „Für solidarische Bildung in der globalen Migrationsgesellschaft“ von Fachleuten aus Erziehungswissenschaft, Pädagogik und Sozialer Arbeit**. Einer der Verfasser, der Pädagogik-Professor Paul Mecheril aus Oldenburg, warb in Leipzig leidenschaftlich dafür, den Aufruf mit zu unterzeichnen, der sich unter anderem dafür einsetzt, die Rechtsansprüche geflüchteter und migrierter Kinder entsprechend dem Kinder- und Jugendhilfegesetz sowie der Kinderrechtskonvention anzugleichen.

Qualifizierung anerkennen

Schon die Anerkennung von Qualifizierungen, die pädagogische Fachkräfte in anderen Staaten erworben haben, sei ein wichtiger Beitrag, das Bildungssystem zu öffnen, machte Daniel Weber deutlich. Der Leiter des Bereichs Migration und Gleichberechtigung beim DGB-Bildungswerk betonte, eine Anerkennungskultur für alle Beschäftigten fördere auch die Offenheit und Vielfalt der Einrichtungen. Zu den Aufgaben der GEW gehöre es, Betroffene zu unterstützen, arbeitsrechtliche Verfahren und Vereinbarungen zu überprüfen sowie Kolleginnen und Kollegen vor Ausnutzung und Ausbeutung zu schützen.

Karim Fereidooni, Gymnasiallehrer in Dorsten und Lehrbeauftragter, kann ein Lied davon singen. Er promoviert derzeit in Heidelberg über Diskriminierung und Rassismus-Erfahrungen von Lehrkräften mit Migrationshintergrund an deutschen Schulen. Aus seiner Dissertation, die im Frühjahr 2016 erscheint, stellte er erste Ergebnisse vor. Entscheidend für die Sicht der Schülerinnen und Schüler – so hätten seine Interviews ergeben – sei nicht die tatsächliche Herkunft, sondern wie eine Lehrkraft von ihrem Umfeld wahrgenommen werde. Bestes Beispiel: Bei Lehrkräften mit nicht-europäischem Aussehen hörten Kinder und Jugendliche auch dann einen Akzent heraus, wenn diese in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und akzentfrei deutsch sprechen. Die Folge: Viele Pädagoginnen und Pädagogen träten im Unterricht nahezu überangepasst an deutsche Verhältnisse auf, weil sie nicht auffallen und „keinen Ärger“ wollen. Die Chance, vor der Klasse etwa als Muslim anschaulich über den Islam zu sprechen, werde so meist vergeben.

Solche Debatten seien nicht ganz neu, erklärte Ilka Hoffmann, Leiterin des Schulbereichs der GEW. Über die Unterschiedlichkeit von Schülerinnen und Schülern sei schon im 19. Jahrhundert diskutiert worden, als Dorfschullehrer mit unterschiedlichen Begabungen von Mädchen und Jungen umgehen mussten. „Nur die flächendeckende Dimension ist heute neu.“ Die Oldenburger Bildungs- und Sozialwissenschaftlerin

Fotos: Sebastian Willnow

Die Oldenburger Bildungs-und Sozialwissenschaftlerin Bedia Akbaş erinnerte in Leipzig an die Aufnahme von Gastarbeiterfamilien in den 1960er-Jahren: „Die aktuellen Probleme sind nicht neu – sie sind nur viele Jahre von der Politik ignoriert und marginalisiert worden.“

Die Bremer Erziehungswissenschaftlerin Yasemin Karakaşoğlu auf der GEW-Tagung in Leipzig: „Wir müssen erkennen, dass Migration ein Teil der Schule ist und der Nationalstaat nicht mehr der Bezugsrahmen für Bildungspolitik sein kann.“

Bedia Akbaş erinnerte in dem Zusammenhang an die Aufnahme von Gastarbeiterfamilien in den 1960er-Jahren. „Die heutigen Probleme sind nur viele Jahre von der Politik ignoriert und marginalisiert worden“, so Akbaş. Die GEW indes initiiere seit Jahren politische Initiativen und Hilfestellungen, sagte Tepe. Dazu gehörten nicht zuletzt die aktuellen Handlungsempfehlungen, die die Gewerkschaft unter dem Titel „Bildung kann nicht warten“ als Bündel dringender Maßnahmen für Flüchtlinge und Asylsuchende Anfang Oktober veröffentlich hat (s. E&W 11/2015)***. „Das Menschenrecht auf Bildung gilt für alle“, betonte die GEW-Vorsitzende. Die Konferenz solle dazu dienen, sich über institutionelle Herausforderungen zu verständigen und Experten-Erkenntnisse in die Breite zu tragen. „Sprecht in euren Landesverbänden darüber“, appellierte Tepe an die Gäste. „Bildung als Menschenrecht muss in den Köpfen der Menschen verankert und gute Bildung überall umgesetzt werden.“

Sven Heitkamp,
freier Journalist

***www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bildung/InklusionLeitlinienBildungspolitik.pdf**
****www.aufruf-fuer-solidarische-bildung.de**
*****www.gew.de/migration/gew-initiativen**

Dialog

3/2015

Cartoon: Karl-Heinz Brecheis

INHALT:

Titel
Deutsch für alle
Seiten 1–2
Kommentar
Die Stärken sehen
Seite 2
Interview
mit Yalcin Yildiz:
„Wir brauchen Lotsen“
Seite 3
Nachrichten
– Mehrheit der Flüchtlinge ist im erwerbsfähigen Alter
– Dossiers über Flucht und Asyl
– Qualifikation nicht bekannt
– Kostenlose Integrationskurse
Seite 4

Deutsch für alle

// In der Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit fliehen auch ältere Menschen nach Deutschland (s. S. 4). Alte stehen unter besonderem Schutz. Leichter macht das den Neuanfang nicht. //

Sie haben sich nach Deutschland gerettet. Varo Baladune wusste nicht, wo er war, als er zusammen mit anderen geflüchteten Menschen aus dem Minibus der Schlepper aussteigen musste. „Mir war es auch egal. Hauptsache Europa“, erinnert sich der 74-jährige Ägypter. In seiner Heimat habe es keine Hoffnung mehr für Christen wie ihn gegeben.

Baladune hat vorerst Zuflucht im Marie-Schlei-Haus der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Berlin gefunden. Unter den 190 Bewohnerinnen und Bewohnern sind zehn Prozent zwischen 50 und 74 Jahre alt. Die Gemeinschaftsunterkunft ist ein Refugium für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge. Zu dieser Gruppe zählen laut Richtlinie der Europäischen Union (EU)* Menschen, die älter als 65 Jahre sind. Die Richtlinie legt Normen fest für die Aufnahme von Antragstellern, die in den EU-Mitgliedsstaaten mit internationalem Schutz rechnen können. Besonders schutzbedürftigen Menschen stehen bei Bedarf spezielle Hilfen zu, etwa psychologische Betreuung.

Auf sich allein gestellt haben ältere Menschen es in der Masse der – überwiegend jungen, männlichen – Asylsuchenden jedoch schwer, Hilfe einzufordern. „Mir scheint, dass sie außen vor gelassen werden“, sagt Claudia Mahler vom Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR). Das DIMR macht auf die „unsichtbare“ Gruppe älterer Zufluchtsuchender aufmerksam. Ihre Bedürfnisse und Rechte sollten bei der Versorgung und Unterbringung beachtet werden. „Es muss sichergestellt werden, dass sie altersangemessen mit Nahrung und Getränken sowie medizinisch und psychologisch versorgt werden“, verlangt Mahler. Beim langen Anstehen an den Registrierungsstellen würden gebrechliche Menschen abgedrängt. Barrierefreie Unterkünfte wie das Marie-Schlei-Haus sind eine Ausnahme. Für eine 53-jährige Afghanin und ihre Familie ist die Unterkunft eine weitere Station auf dem Weg über Pakistan, Iran, die Türkei und Griechenland, der 1999 begann. 16 Jahre auf der Flucht. Die Frau, die ihren Namen nicht nennen will, hofft, dass Ärzte in Deutschland ihrem kranken Sohn helfen können. Sie wünscht sich „ein ganz normales Leben: eine Wohnung, den Schulbesuch der Kinder und eine gute Zukunft für die ganze Familie ohne Krieg“.

An einen Neuanfang wagten die meisten Asylsuchenden im Haus gar nicht zu denken, berichtet die Leiterin Claudia Da Silva. „Das wäre so, als ob ich überlege, was ich mit einem Millionengewinn machen würde.“ Übermächtig sei die Angst, abgeschoben zu werden, zu groß die Sorge,

dass Angehörige nicht überlebt haben könnten. Mit zunehmendem Alter glauben sie nicht mehr an eine Chance. Für sie lohne es sich nicht mehr, Deutsch zu lernen, hört Da Silva von den Älteren.

Aber nicht nur Sprachhindernisse versperren den Weg in die Zukunft. Nichts ist mehr vertraut. Straßen, Gesichter, Verkehrsmittel, „alles ist für den Flüchtling fremd“, beschreibt Abdulmanaf Saeed das Gefühl, das er nur zu gut kennt. Saeed unterstützt Flüchtlinge in der Erstaufnahmestelle der AWO in Berlin-Spandau bei Behördengängen. Der Kurde, der 1991 den Irak verlassen musste, brauchte selbst Jahre, bis er eine Ahnung davon bekam, „wie die Dinge hier laufen“ und welche Informationen verlässlich und hilfreich waren. „Manchen ist nicht klar, was sie zu tun haben“, sagt Saeed. Er führt das auf unterschiedliche Bildungsniveaus zurück. Unter den älteren Zuwanderinnen und Zuwanderern in Berlin sind Analphabetinnen und Analphabeten, aber genauso Akademiker wie Varo Baladune. Der studierte Elektromechaniker ist überzeugt: „Wer eine gute Bildung hat, kann überall leben.“

Sozialbetreuer Saeed schlägt vor, Deutschkurse für alle Neuankömmlinge einzuführen, ungeachtet des Alters und ihrer Aussicht auf Asyl. Damit sie über die Sprache lernen, Kultur, Politik und Gesellschaftssystem des Aufnahmelandes zu verstehen. „Dann können sie selbstständig als volles Mitglied der Gesellschaft agieren“, hofft der 52-Jährige. Um sich als „wertvoller Teil der Gesellschaft“ zu fühlen, sei aber Arbeit wichtig. Doch bei der Suche nach einem Arbeitsplatz tun sich nach Saeeds Erfahrung für Zugewanderte, die älter als 50 sind, die gleichen Schwierigkeiten auf wie für Einheimische. „Der Markt sagt: Du bist zu alt.“

Naim Chaklab würde am liebsten eine Bäckerei eröffnen, dann könnte er anderen Geflüchteten Arbeit geben. In Syrien gehörten dem 58-Jährigen zwei Unternehmen. Doch dann nannte er den Präsidenten nur Baschar al-Assad, ohne „seine Hoheit“ zu sagen. „Ich wurde zwei Wochen eingesperrt“, berichtet Chaklab. In Deutschland bekam er Asyl, die Sozialberatung der Caritas half ihm. Nun lebt er in Garmisch-Partenkirchen, findet aber keine Wohnung. „Ich denke, die Vermieter fühlen sich unsicher, weil sie unsere Kultur nicht kennen. Ich würde mir da mehr Vertrauen wünschen.“

Barbara Haas,
freie Journalistin

***Richtlinie 2013/33/EU**

Die Stärken sehen

Foto: Kay Herschelmann

FRAUKE GÜTZKOW

In der Debatte, wie Politik und Gesellschaft Geflüchtete unterstützen müssen, werden die Stärken und Fähigkeiten dieser Menschen leicht übersehen. Fragt jemand eigentlich danach? Daten zu deren Qualifikation müssten erst noch erhoben werden, lautete die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion „Die Linke“ (s. S. 4). Es ist fahrlässig, dass Politik dies bisher versäumt hat.

Fest steht: Jeder Mensch, der hier Schutz sucht, bringt auch Begabungen und Kompetenzen mit. Im besten Fall haben die Frauen und Männer in ihrem Herkunftsland eine Schule, eine Hochschule besucht oder eine Ausbildung gemacht. Es ist nun an uns allen, ihre Potenziale zu entdecken und zu fördern.

Geflüchtete Frauen und Männer sollten sich so früh wie möglich in die Gesellschaft einbringen können. In manchen Unterkünften helfen sie bereits bei der Verständigung in unterschiedlichen Sprachen. Aber bei ehrenamtlichen Dolmetscherdiensten darf es nicht bleiben. Warum kann etwa eine in Syrien ausgebildete Lehrerin nicht – gegen Bezahlung – im Sprachunterricht mitarbeiten? Oder ein gelernter Koch aus dem Irak beispielsweise die Mahlzeiten in den Aufnahmestellen mit zubereiten und die Ärztin aus Eritrea zusammen mit einheimischen Medizinerinnen und Medizinern kranke Asylsuchende versorgen? Menschen mit Berufserfahrung könnten so doppelt profitieren: Sie knüpfen an ihre Profession an und qualifizieren sich gleichzeitig weiter, um ihre Chancen auf Arbeit und ein selbstbestimmtes Leben zu verbessern. Das ist besonders wichtig für die älteren Neuankömmlinge. Sie müssten sonst beruflich von vorne anfangen.

Statt in der Fremde Fuß zu fassen, müssen sie sich aber an bürokratischen Hürden abarbeiten – und scheitern. Bildungsabschlüsse werden nicht oder nur teilweise anerkannt, eine Anstellung bleibt deswegen verwehrt oder der Job ist schlechter bezahlt.

Frauen haben zudem mit besonderen Hürden zu kämpfen. Nicht immer ist es in ihren Heimatländern üblich, dass Mädchen und junge Frauen eine Ausbildung machen und ein eigenständiges Leben führen. Ältere Frauen sorgen fast ausschließlich für die Kinder. Wenn die Familie durch die Flucht auseinandergerissen wird, geht der familiäre Rückhalt verloren und die Frauen sind auf sich allein gestellt.

Frauke Gützkow,
im Geschäftsführenden Vorstand der GEW
verantwortlich für Seniorenpolitik

„Wir brauchen Lotsen“

// Älteren geflüchteten Menschen fällt der Neuanfang in einem anderen Land doppelt schwer. Sie haben in ihrer Heimat alles aufgegeben, was sie sich aufgebaut hatten, werden diese vielleicht nie wieder sehen. Migrationsforscher Yalcin Yildiz plädiert dafür, den Menschen nach der anstrengenden Flucht Zeit zum Ankommen zu geben. //

Dialog: Die älteren Asylsuchenden, die derzeit zu uns kommen, finden sich in einer anderen Welt wieder. Was ist für die Neuankömmlinge am wichtigsten?

Yalcin Yildiz: Diese Menschen sind hoch traumatisiert. Sie haben in ihrer Heimat Gewalt im Bürgerkrieg erlebt, aber auch unterwegs, sind durch zig Länder gekommen, mit dem Boot, dem Bus, zu Fuß.

Am wichtigsten ist daher, dass sie erst einmal Zeit finden, hier anzukommen, denn sie haben über einen langen Zeitraum keine Ruhe gehabt. Das Leben in Deutschland bedeutet zudem eine große Umstellung, besonders für die Älteren: Nahrung, Sprache, Kultur, alles ist anders. Wenn man die Flüchtlinge ansieht, erkennt man ihre Verlorenheit. Mit dem Körper sind sie zwar anwesend, aber psychisch nicht. Sie konnten sich ja auf nichts vorbereiten.

Dialog: Welche Angebote oder Hilfen sind gerade für Ältere nötig?

Yildiz: Es handelt sich um eine sehr heterogene Gruppe, was Kultur, Geschlecht, Religion oder Ausbildung betrifft. Deshalb muss man sie erst einmal selbst danach fragen. Bislang sind sie ja gewissermaßen „sprachlos“. Es flüchten kaum sehr alte Menschen, eher ältere ab 50.

Dialog: Warum?

Yildiz: Wir können davon ausgehen, dass man sehr alte Menschen in der Heimat zurücklässt, sie wären gar nicht fähig, die Strapazen einer Flucht zu überstehen.

Foto: privat

Yalcin Yildiz promovierte über Altern und Generationsbeziehungen der Migranten.

Dialog: Können 50- bis 60-Jährige nach der Flucht schon Eigeninitiative entwickeln oder brauchen sie zunächst vor allem Unterstützung?

Yildiz: Wir müssen schauen, welche Potenziale sie mitbringen, die wir aktivieren und fördern können. Sie könnten zum Beispiel bei den Kleiderspenden mit anpacken oder Ehrenämter übernehmen.

Dialog: Kann man die Älteren in die Arbeitswelt integrieren?

Yildiz: Ja, denn viele hatten in ihrer Heimat Arbeit, trugen Verantwortung. Sie können vielleicht nicht sofort wieder arbeiten, sondern sind erst einmal dankbar dafür, dass sie noch leben. Sie brauchen vor allem therapeutische Hilfe, aber mit der Zeit wird das gehen.

Dialog: Was benötigen sie zuerst?

Yildiz: Zum Beispiel eine zügige Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse. Das hat bei den Arbeitsmigranten Jahrzehnte gedauert. Da haben Ärzte als Pfleger gearbeitet oder Lehrkräfte und Ingenieure als Reinigungskräfte. Integration muss diesmal schneller gehen. Wir dürfen dieselben Fehler nicht noch einmal machen.

Dialog: Sie haben sich viel mit der Situation der Arbeitsmigrantinnen und -migranten beschäftigt, die ursprünglich nur für ein paar Jahre nach Deutschland kommen wollten und nun hier alt geworden sind. Wo liegen die Unterschiede zur Lage älterer Zufluchtsuchender heute?

Yildiz: Es sind andere Faktoren für ihr Kommen entscheidend. Für sie geht es erst einmal nicht um Arbeit oder eine bessere Lebensqualität: Sie sind Tod und Leid entflohen.

Dialog: Ist die Stellung älterer Geflüchteter in ihren Herkunftsgesellschaften eine andere als bei uns?

Yildiz: Ja. Bei den älteren Arbeitsmigranten haben wir festgestellt, dass sie eine Brückenfunktion für die Jüngeren haben. Das gilt auch für ältere Flüchtlinge. Diese kommen aus Gesellschaften, in denen Familienoberhäupter bei wichtigen Entscheidungen um Rat gefragt werden. Sie genießen Respekt und können auf die Jüngeren mäßigend einwirken, auch wenn es Konflikte in den Unterkünften gibt.

Dialog: Könnte man das Wissen und die Erfahrungen älterer Migrantinnen und Migranten, die schon lange in Deutschland leben, für die neu Zugewanderten nutzen?

Yildiz: Auf jeden Fall. Wir brauchen Lotsen, die den Neuen helfen, in unsere Gesellschaft hineinzukommen. Dabei können ältere Migranten helfen. Sie können beispielsweise interkulturelle Treffpunkte organisieren, türkische oder arabische Ärzte in Beratungen miteinbeziehen. Sie haben nicht nur Ressourcen aufgrund der Strukturen, die sie hier geschaffen haben, sondern auch eine Verantwortung.

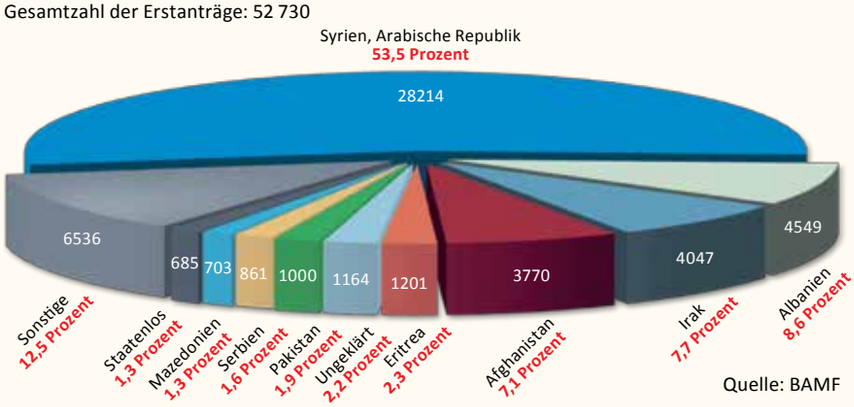
Interview: Eva Schultheis,
freie Journalistin

Mehrheit der Flüchtlinge ist im erwerbsfähigen Alter

Ältere Menschen sind die kleinste Gruppe der Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen. In den ersten zehn Monaten stellten 12 400 Frauen und Männer, die älter als 50 Jahre sind, einen Antrag auf Asyl, teilte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit. Das entspricht 3,7 Prozent aller Anträge. Die Mehrheit in dieser Altersgruppe war noch keine 65 Jahre alt, als sie in Deutschland ankam, und damit im erwerbsfähigen Alter. Von den Menschen, die im Oktober Asyl beantragten, stammten 53,5 Prozent aus Syrien, 8,6 Prozent aus Albanien und 7,7 Prozent aus dem Irak.

Hauptherkunftsländer Asylsuchender im Oktober 2015

Gesamtzahl der Erstanträge: 52 730



Quelle: BAMF

Mehr als zwei Drittel (69,8 Prozent) aller in diesem Monat gestellten Erstanträge entfallen damit auf diese ersten drei Herkunftsländer. B.H.

Dossiers über Flucht und Asyl

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen dazu auf, Flüchtlinge in Deutschland willkommen zu heißen. Die DGB-Gewerkschaften treten für die Rechte Asylsuchender und ihren Schutz ein. DGB und GEW haben auf ihren Websites Dossiers zum Thema „Flucht und Asyl“ angelegt.

Die GEW stellt auf ihrer Homepage zudem Arbeitsmaterialien für die pädagogische Praxis zur Verfügung und verweist auf Publikationen und Projekte, die Bildung und Integration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen fördern.

E&W thematisierte im Schwerpunkt „Bildungslos“ (E&W 1/2015) das Recht junger Flüchtlinge auf Bildung in Deutschland. B.H.

Die Dossiers sind im Internet zu finden unter: www.dgb.de/extra/fluechtlinge, www.gew.de/flucht-und-asyl

Kostenlose Integrationskurse

Damit das Einleben in Deutschland leichter wird, können jetzt auch Asylbewerberinnen und -bewerber kostenlos an Integrationskursen teilnehmen, berichtet die Deutsche Presse-Agentur (dpa). Allerdings gilt dies nur für Asylsuchende mit guten Bleibeperspektiven. Die Voraussetzungen wurden im Asyl-Gesetzespaket geschaffen – das ansonsten schärfere Regeln und schnellere Verfahren beinhaltet. Bislang hatten die kostenfreien Integrations- und Sprachkurse nur anerkannten Flüchtlingen offen gestanden. Geflüchtete Menschen, die dennoch teilnehmen wollten, mussten zahlen. Um den zusätzlichen Bedarf an Sprach- und Integrationskursen zu decken, hätten viele Bildungsträger in den vergangenen Wochen zusätzliche Lehrkräfte engagiert, sagte ein Sprecher des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gegenüber dpa. hari

Qualifikation nicht bekannt

Die Bundesregierung lässt Daten zur Qualifikation der nach Deutschland geflüchteten Frauen und Männer erheben. Sie kündigte an, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) werde noch in diesem Jahr damit beginnen, die Asylbewerberinnen und -bewerber zu befragen. Bisher ist unklar, welche Qualifikationen die geflüchteten Frauen und Männer mitbringen.

Laut Bundesregierung liegen keine repräsentativen Angaben vor. Es gebe lediglich Hinweise zur Qualifikation bestimmter Gruppen Asylsuchender, teilte sie auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der „Linken“ mit*. Die Informationen seien jedoch selten nach Staatsangehörigkeit differenziert oder mit aktuellem Zuzug versehen. B.H.

***BT 18/6420**

„Geruch“ von Auftragsforschung

// Heft 3/2015 der Zeitschrift „DDS – Die Deutsche Schule“, die der GEW-Hauptvorstand herausgibt, beschäftigt sich im aktuellen Schwerpunkt mit dem schwierigen Verhältnis zwischen Bildungsmonitoring und Bildungsforschung. //

In den vergangenen Jahren hat die Kultusministerkonferenz (KMK) dafür gesorgt, dass sich aus der Teilnahme Deutschlands an einzelnen nationalen und internationalen Schulleistungsstudien ein umfassendes Bildungsmonitoring-Programm entwickelt, das die Qualität des Bildungswesens verbessern soll. Zeitgleich sind die Ausgaben für quantitative empirische Bildungsforschung, an denen insbesondere das Bundesministerium für Bildung und Forschung beteiligt ist, massiv gestiegen.

Man mag argumentieren, dass Forschung notwendig sei, um Bildungspolitik zu beraten, deren Handlungsstrategien zu evaluieren und Vorschläge für Verbesserungen zu machen. Aber kann Wissenschaft in dieser Situation noch frei und unabhängig agieren – so wie man es zu Recht von ihr erwartet?

Wenn z. B. Forschungsfragen zu Monitoringinstrumenten – insbesondere zur Bildungsberichterstattung und Schulinspektion – auffallend dem von der Bildungspolitik formulierten Zweck dieser Instrumente entsprechen, hat das den „Geruch“ von Auftragsforschung (s. Interview E&W 11/2013). Auch wenn die Politik natürlich ein Recht hat zu erfahren, ob die von ihr initiierten Maßnahmen wirken.

Aber weshalb sollte man nicht auch einmal die „Nebenwirkungen“ untersuchen, die die gewählten wissenschaftlichen Instrumente möglicherweise haben? Ob sie beispielsweise zwar schulisch die Gesamtergebnisse qualitativ vorantreiben, auf Unterrichtsebene aber durch „Teaching to the Test“ zu verkürzten Inhalten führen (welche „Bildung“ misst das „Bildungs“-Monitoring?) oder das Verhältnis der Lehrkräfte zu den Schülerinnen und Schülern belasten, weil individuelle Förderung nicht in den Zeitplan passt? Sind diese Messinstrumente, anders verwendet, z. B. stichprobenartig, möglicherweise unangekündigt, genauso aussagekräftig? Gibt es wirksamere Maßnahmen? Und: Sollte Wissenschaft auch dafür staatliche Fördergelder erhalten?

Heimliche Macht

Doch wenn durch das Abhängigkeitsverhältnis der Bildungsforschung der Eindruck entsteht, als werde die Wissenschaft von der Politik (finanziell) gegängelt, gerät ein anderer wichtiger Aspekt aus dem Blick: die heimliche Macht der Forschenden. Die empirische Bildungsforschung, die sich selbst meist als „wertfrei“ und damit unpolitisch darstellt, greift höchst erfolgreich in die Speichen der Politik. Denn die Auftraggeber verlassen sich auf die Aussagen und Empfehlungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. D. h. sie delegieren insgeheim Verantwortung an jene, die ihre Maßnahmen untersuchen. Faktisch ist so ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis entstanden, dem nur beizukommen wäre, wenn dieses selbst in den Fokus der Forschung rückt. Doch wer finanziert das?

Sylvia Schütze,
Leiterin der Geschäftsstelle der DDS

Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten: www.dds-home.de

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Extra günstige Kredite für Sparfüchse
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen gigantisch günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.
Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de
Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, effektiver Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

125 JAHRE NÜRNBERGER
Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Fragwürdiger Lobbyismus

// Erst kam die Arbeitshilfe für Lehrkräfte „Ökonomie und Gesellschaft“, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, in den Giftschrank. Das Bundesinnenministerium hatte die Bundeszentrale angewiesen, den Vertrieb einzustellen. Zuvor hatte das Ministerium ein Schreiben von Peter Clever, Mitglied der Geschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), erhalten, in dem er das Buch scharf kritisierte. Dann bekamen die Medien Wind von der Sache und legten einen Skandal bloß. //

Gemeinde Roggentin an der Mecklenburgischen Seenplatte. In der Verbindungsstrasse 1 hat der Dienstleister der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) sein Lager. In seinen Regalen sind sie sorgfältig gestapelt, einige tausend Exemplare des von der bpb herausgegebenen 356-Seiten-Buchs

Foto: Goethe-Universität

Tim Engartner, Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

„Ökonomie und Gesellschaft – Zwölf Bausteine für die schulische und außerschulische Bildung“ – mit Praxisbeispielen über das Wechselverhältnis von Ökonomie und Gesellschaft. Offiziell hieß es, die Materialie mit der Bestellnummer 2488 sei „vergriffen“. In Wirklichkeit war es so: Das Bundesinnenministerium (BMI) hatte die Auslieferung des Unterrichtsbuchs für das Fach Wirtschaft einfach verboten. SPIEGEL online berichtete (26. Oktober). Schließlich blieb dem Ministerium nichts anderes übrig als aufgrund des öffentlichen Drucks zurückzurudern und das Vertriebsverbot zu kippen. Daraufhin leerten sich die Regale in Roggentin. Nach dem öffentlichen Rummel ist das Buch sogar bestsellerverdächtig. Alles wieder gut? Nein, es bleibt die Frage: Wie kam es zu dieser eklatanten Fehlentscheidung im Ministerium?

Für die Grundsatzabteilung des BMI stand über Monate fest, dass die Bausteine „eine umfassende Darstellung von Ökonomie und Gesellschaft“ versprächen, tatsächlich aber „bestimmte Denkschulen zu Wirtschaftsfragen“ dominierten. Deshalb die ministerielle Weisung an die Bundeszentrale, das Wirtschafts-Lehrbuch „bis auf weiteres nicht mehr zu vertreiben“.

Verbots-Ukas im Juli

Der Verbots-Ukas erfolgte im Juli, fünf Monate nach der Veröffentlichung, sechs Wochen nach einem heftigen Lobby-Vorstoß der BDA. Anfang Juni gab es einen geharnischten Protestbrief von Geschäftsführungsmitglied Clever gegen die „suggestive“ Publikation. Clever richtete sein Schreiben* zwar an Thomas Krüger, den Präsidenten der Bundeszentrale, aber zugleich in Kopie an den zuständigen Abteilungsleiter Grundsatz, Jörg Bentmann, im Innenministerium – der vorgesetzten Behörde der Bundeszentrale.

Grund für Clevers Lobby-Attacke: Die Unternehmen kamen dem BDA-Mann im Lehrerhandbuch einfach zu schlecht weg. „Wo ist in dieser Veröffentlichung die konstruktive und zentrale Rolle deutscher Unternehmen in der dualen Ausbildung über einen Halbsatz hinaus angemessen thematisiert?“, fragte Clever in seinem Brief an Krüger. Und griff dann

Foto: imago

Peter Clever, Mitglied der Geschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

tief in die Kiste der Unterstellungen: „Die in Ihrer Publikation transportierten ideologischen und voreingenommenen Anschuldigungen kennen wir aus interessierten Kreisen schon länger. Dass sie nun aber durch die Bundeszentrale für politische Bildung verbreitet und empfohlen werden, ist skandalös und nicht hinnehmbar.“ Die Publikation entspreche „einseitiger Propaganda gegen die Wirtschaft“. Clever „bittet“ darum, „den Band in dieser Form nicht weiter zu vertreiben“. Besonders die Lerneinheit „Lobbyismus als ‚fünfte Gewalt‘ – ‚Hinterzimmerpolitik‘ oder pluralistische Notwendigkeit?“ im Beitrag von Tim Engartner**, der Didaktik der Sozialwissenschaften an der Frankfurter Goethe-Universität lehrt, durchforsteten die Arbeitergeber-Lobbyisten akribisch. Ihr Fazit: Es werde hier „ein monströses Gesamtbild von intransparenter und eigennütziger Einflussnahme der Wirtschaft auf Politik und Schule gezeichnet“.

Hat Engartner da etwas Falsches aufgeschrieben? Nein, nur unangenehme Wahrheiten formuliert. Der Sozialwissenschaftler weist lediglich auf sehr fragwürdige Methoden des Lobbyismus hin: etwa auf den Einsatz von Anwaltskanzleien bei der Formulierung von Gesetzestexten oder auf „Leihbeamte“ aus Betrieben, die in Ministerien arbeiten. Oder auf den Seitenwechsel von Politikern auf gut dotierte Vorstandsposten in Unternehmen, verschleierte Nebeneinkünfte von Abgeordneten oder auf Auffälligkeiten bei Parteispenden. Fakten, die sich BDA-Cheflobbyist Clever offenbar nicht gerne vorhalten lässt.

GEW-Vorstandsfrau Ilka Hoffmann hält das Vertriebsverbot des Unterrichtsbuchs, auch wenn es jetzt aufgehoben ist, „für einen empörenden, beispiellosen Vorgang“. Die GEW beobachte schon seit Jahren einen zunehmenden Lobbyismus in der Schule. „Aber so dreist ist dies noch nicht vorgekommen.“ Dass die Arbeitgeber sich so stark auf das Kapitel „Lobbyismus“ eingeschossen haben, zeige außerdem, „wie nötig solches Material für den Unterricht ist“. Etwas Gutes hatte die BDA-Intervention aber dann doch: Jetzt gibt es für den Unterricht ein weiteres eindeutiges Beispiel für fragwürdigen Lobbyismus.

Klaus Heimann,
freier Journalist

Online-Bestellung unter:
www.bpb.de/shop/lernen/themen-und-materialien/200345/oekonomie-und-gesellschaft
***Der Brief an Thomas Krüger (bpb) liegt der Redaktion vor.**
****Zum Thema Lobbyismus und der Reaktion der Arbeitgeberverbände auf sein Unterrichtsbuch s. Interview mit Tim Engartner in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 10. November 2015**

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW

Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen
Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Versicherungsschutz bis 67 möglich!

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Die Adressen unserer Geschäftsstellen finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter „HUK-COBURG“ oder unter www.HUK.de/Ansprechpartner

GEW 2 % Nachlass bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung für Mitglieder der *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Auftakt der GEW-Aktionswoche „Traumjob Wissenschaft“ am 2. November in Berlin: 45 rote und fünf grüne Figuren – Symbole für das Verhältnis von befristeten zu unbefristeten Stellen wissenschaftlicher Angestellter an Hochschulen – zogen trommelnd von der Humboldt-Uni zum Brandenburger Tor, um auf die prekäre Beschäftigungssituation aufmerksam zu machen.

Kürzer, schneller, billiger

// Bunter Protest gegen das Befristungsunwesen: In roten und grünen Ganzkörperanzügen und mit Trommeln sind Anfang November 50 Aktivisten von der Berliner Humboldt-Universität zum Brandenburger Tor marschiert. 45 „Rote“ und fünf „Grüne“ veranschaulichten beim Flashmob zum Start der GEW-Aktionswoche „Traumjob Wissenschaft“ das Verhältnis von befristeten und unbefristeten wissenschaftlichen Angestellten an Hochschulen. //

Anne Krügers Studierende saßen nach den Semesterferien plötzlich ohne Dozentin im Hörsaal der Universität Potsdam. Die Vorlesung der Soziologin war angekündigt, doch ihr befristeter Vertrag lief aus und sie wechselte als wissenschaftliche Mitarbeiterin an die Humboldt-Universität zu Berlin. Auch in Halle-Wittenberg und Göttingen hat Krüger schon gearbeitet. „Bereits ohne Familie macht es keinen Spaß, ständig über einen Ortswechsel nachdenken zu müssen. Aber mit Familie wird es noch schwieriger“, sagte Krüger während der GEW-Auftaktveranstaltung.

Wie ihr geht es jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bundesweit. „Neun von zehn wissenschaftlichen Angestellten an Hochschulen haben einen Zeitvertrag, über die Hälfte der Zeitverträge läuft nicht einmal ein Jahr“, kritisiert GEW-Vize-Vorsitzender Andreas Keller (s. E&W-Schwerpunkt 9/2015). Dass das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) von 2007 dringend reformiert und extreme Kurzzeitverträge unterbunden werden müssen – darüber herrscht parteiübergreifend Einigkeit. Im September legte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vor, über den die Fraktionen nun streiten. Keller forderte bei der Expertenanhörung im Bildungsausschuss des Bundestags am 11. November eine gründliche Überarbeitung.* Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) gab bei der ersten Lesung des Entwurfs am 5. November im Deutschen Bundestag zwar zu, die Chancen für junge Spitzenforscher hätten sich „verschlechtert, weil die Zahl der unbefristeten Stellen nicht in dem Maße gewachsen ist wie die Zahl der befristeten“. Die Bundesregierung will mit der Gesetzesnovelle, die im Dezember vom Parlament verabschiedet werden soll, indes einen Kompromiss zwischen den Interessen der Beschäftigten und denen der Hochschulen finden. Letztere pochen mit Verweis auf nötigen Wettbewerb und „Bestenauswahl“ auf Befristungsmöglichkeiten. GEW und Opposition werfen der Regierungskoalition vor, zu unverbindliche und arbeitgeberfreundliche Formulierungen vorgelegt zu haben.** Grünen-Bildungsexperte Kai Gehring kritisierte, Wankas „Schmalspurnovelle“ werde wenig bewirken.

Ein zentraler Streitpunkt ist die künftige sachgrundlose Mindestvertragslaufzeit. Die Bundesregierung lehnt fixe Vorgaben ab: „Die vereinbarte Befristungsdauer ist jeweils so zu bemessen, dass sie der angestrebten Qualifizierung angemessen ist“, heißt es. Der Bundesrat, der Nachbesserungen verlangte, schlägt zwei Jahre vor, GEW, DGB und ver.di fordern drei. Die durchschnittliche Promotionsdauer liegt bei fünf Jahren. Keller monierte im Ausschuss, ohne verbindliche Untergrenzen fänden Arbeitgeber zu einfach „Schlupflöcher“.

Zu unverbindlich bleibt nach Meinung von Grünen und Linken sowie der GEW auch die Familienkomponente – vor allem bei den Drittmittelbeschäftigten. Die Linken-

Abgeordnete Nicole Gohlke kritisierte im Bundestag: „Nach wie vor sollen Eltern, die auf einer Drittmittelstelle arbeiten, keinen Rechtsanspruch auf Vertragsverlängerung nach der Elternzeit haben."
Im Bundestag verlagerte sich die Debatte auf einen weiteren Schauplatz: mehr Jobs für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Der SPD-Vize-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil räumte ein: „Wir können dem Missbrauch durch diese Novelle des Arbeitsrechts entgegenwirken, aber wir schaffen damit noch keine neuen Stellen." Dazu sei ein Bund-Länder-Programm nötig, das Berufswege neben der Professur ermögliche. Ab 2017 soll eine Milliarde Euro in den Nachwuchspakt für Wissenschaftler fließen – Details sind koalitionsintern noch umstritten.
Am Rande der Aktionswoche forderte auch Swantje Westpfahl, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut für Deutsche Sprache Mannheim: „Es sollte einen festen Stab wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Hochschulen geben, die unabhängig von einer Professur arbeiten können, um die Kontinuität in Forschung und Lehre zu sichern."
Im Streit um die Finanzierung dauerhafter Stellen an den Hochschulen schiebt der Bund derweil die Verantwortung ab: Da der Bund das BAföG zu 100 Prozent übernommen habe, könnten die Länder mit den frei gewordenen 1,2 Milliarden Euro pro Jahr Tausende unbefristete Stellen schaffen, so Bundesbildungsministerin Wanka.

GEW will Dauerstellen

Die GEW hatte im Januar einen eigenen Gesetzentwurf*** vorgelegt. Darin verlangt sie auch einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung in mindestens der Hälfte der Arbeitszeit. Zudem plädiert sie für Dauerstellen für Lehrkräfte – damit es diesen nicht so geht wie Linda Guzzetti, Lehrbeauftragte an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder und der Freien Universität Berlin, die sich seit 1996 von Semester zu Semester hangelt. Als Freiberuflerin bekomme sie nur Präsenzzeiten bezahlt und müsse ihre Sozialversicherungsbeiträge selbst tragen, erklärt Guzzetti.
An der „Traumjob Wissenschaft"-Woche**** mit rund 100 Aktionen beteiligten sich bundesweit Tausende Aktive. Vor der Mensa der Uni Kiel etwa drehte sich das Karriereglücksrad und machte klar: Oft entscheidet bislang der Zufall mit über den Berufsweg.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

***GEW-Stellungnahme:**
http://bit.ly/1RQb1xa
****GEW zur Bundestagsdebatte:**
http://bit.ly/20O83PQ
*****GEW-Gesetzentwurf:**
http://bit.ly/1M8IQYT
******GEW-Aktionswoche:**
http://bit.ly/20O6OjL

Die neue
Familienpflegezeit.

Informieren Sie Ihre Beschäftigten über die neuen Regelungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Beschäftigte mit Pflegeaufgaben bleiben so dem Unternehmen mit ihrem Erfahrungswissen erhalten.

Akuter Pflegefall
Bis zu 10 Arbeitstage Auszeit mit Pflegeunterstützungsgeld durch die Pflegekasse

Pflegezeit
Bis zu 6 Monate vollständige oder teilweise Freistellung mit zinslosem Darlehen durch das BAFzA*

Familienpflegezeit
Bis zu 24 Monate teilweise Freistellung mit zinslosem Darlehen durch das BAFzA*

Pflegetelefon
030 20179131
Schnelle Hilfe für Angehörige
www.wege-zur-pflege.de

Ob Pflegezeit oder Familienpflegezeit in Anspruch genommen werden können, hängt von der Größe Ihres Unternehmens ab.

*Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Familienpflege Zeit
Zeit für Pflege und Beruf

In den Händen der Eliten

// Auf dem Weg zur Professur hilft eine sehr gute soziale Herkunft – beim Sprung in die wissenschaftliche Ultra-Elite erst recht. //

Professor oder Professorin werden? Angesichts prekärer Karrierewege in der deutschen Wissenschaft eine riskante Entscheidung. Allerdings ist der Weg für manche nicht so risikoreich wie für andere. Denn wer aus einem gut situierten Elternhaus stammt, hat deutlich bessere Chancen auf eine Professur als Interessierte aus weniger gut situierten und bildungsfernen Schichten. Söhne und Töchter der Eliten haben sogar so gute Aussichten auf eine Karriere in der Wissenschaft wie seit langem nicht mehr. Das geht aus einer Studie* der Paderborner Soziologin Christina Möller hervor, die für ihre Dissertation insgesamt 1 340 Professorinnen und Professoren in Nordrhein-Westfalen (NRW) befragte.

Von den zwischen 2001 und 2010 berufenen Professorinnen und Professoren stammen nach Möllers Umfrage 38 Prozent aus der höchsten sozialen Schicht – so viele wie in den 40 Jahren davor nicht mehr. Diese Hochschullehrkräfte haben Eltern, die im Staat oder in der Wirtschaft umfassende Führungsaufgaben wahrgenommen und studiert haben oder Selbstständige mit hohem Einkommen sind (mit und ohne Hochschulabschluss). Hingegen kommen nur zehn Prozent der zwischen 2001 und 2010 Berufenen aus der Schicht der Arbeiter, der einfachen Angestellten sowie der Beamten des einfachen und mittleren Dienstes. Der Mittelschicht gehören 27 Prozent der Professoren an (Kinder von Meistern, Angestellten in leitender Position, Beamten des gehobenen Dienstes oder von kleineren Selbstständigen). Weitere 25 Prozent stammen aus der gehobenen Schicht (Angestellte in verantwortlicher Position und mit umfassenden Führungsaufgaben, Beamte des höheren Dienstes sowie mittlere und größere Selbstständige, jeweils ohne Hochschulabschluss).

Habitus des „Dazugehörens“

Ein weiterer markanter Befund: Ausgerechnet bei der Juniorprofessur, die einst die sozialdemokratische Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn einführte, geht es sozial besonders selektiv zu: Nur sieben Prozent der Juniorprofessorinnen und -professoren stammen aus der sozial schwächsten, aber 86 Prozent aus der höchsten und gehobenen Herkunftsgruppe. Wie ist das zu erklären? Möller geht davon aus, dass, wer auf eine Juniorprofessur berufen werden will, sich dafür schon früh, nämlich sofort nach der Promotion, empfehlen müsse. Es profitierten daher junge Menschen mit guter „kultureller Passung“, die über ihren zu Hause erlernten Habitus beglaubigen können, dass sie „dazugehören“. Angehörige der Unter- und der Mittelschicht bräuchten für den Weg zur Professur mehr Zeit, sie müssten den Nachweis „dazuzugehören“, über ihr Können erbringen.

Möller warnt: Sollte die Juniorprofessur sich als Karriereweg durchsetzen, bestehe die Gefahr, dass die Professur weiter sozial ausschließt. Das wissenschaftliche „Agenda-Setting“ läge dann fast nur noch in den Händen der Eliten.

Ist es vielleicht schon so weit? Mit der sozialen Herkunft einflussreicher Nobel- und Leibnizpreisträger sowie der Wissenschaftsmanager, also mit der „Ultra-Elite“ der deutschen Wissenschaft, hat sich die Darmstädter Soziologin Angela Graf in ihrer Dissertation befasst**. Für ihre Studie wertete Graf die Biografien von 407 Mitgliedern der Wissenschaftselite zwischen 1945 und 2013 aus. Ergebnis: Aktuell stammen zwei Drittel der Ultra-Elite der deutschen Wissenschaft aus nur 3,5 Prozent der Bevölkerung.

Doch Leistung sei auch ein soziales Konstrukt, so Graf. Ob jemand in der Wissenschaft als besonders leistungsstark gilt, hänge von den Zuschreibungen etablierter Wissenschaftler ab. Wer den „richtigen“ Habitus habe, so die Darmstädter Soziologin, und sich durch seine Herkunft souverän in der Wissenschaft bewege, komme eben deutlich schneller und besser voran als Konkurrenten aus hochschulfernen Milieus.

Die dramatische sozial ungleiche Verteilung von Chancen auf eine Spitzenposition in der Wissenschaft sei, so Graf, nicht nur ungerecht, sie schwäche auch die Leistungskraft der Wissenschaft, weil potenzielle Spitzenkräfte aus anderen Milieus mit ihren jeweiligen Kompetenzen verlorengehen.

Anja Kühne,
Redakteurin „Tagesspiegel“

Gute soziale Herkunft nützt auf dem Weg zur Professur.

Foto: imago

***Christina Möller: „Herkunft zählt (fast) immer – Soziale Ungleichheiten unter Universitätsprofessorinnen und -professoren“, Beltz 2015**

****Angela Graf: „Die Wissenschaftselite Deutschlands. Sozialprofil und Werdegänge zwischen 1945 und 2013“, Campus 2015**

Auf dem Experimentierfeld

// Zehntausende junge Flüchtlinge kommen ohne Eltern nach Deutschland – wie die Jugendämter mit ihnen umgehen, erklärt Birgit Zeller, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter und Leiterin des Landesjugendamts Rheinland-Pfalz. //

E&W: Frau Zeller, verraten Sie mir ein Geheimnis: Sagen Sie „UMF“, wenn Sie von jungen geflüchteten Menschen sprechen?

Birgit Zeller: UMF steht für „Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge“ und ist eine Abkürzung, die viele Fachleute verwenden. Ich selbst mag den Begriff nicht – den Namen einer Behörde kann man kürzeln, aber hier geht es um Menschen.

E&W: 2009 kamen rund 3 000 junge Zufluchtsuchende ohne Eltern nach Deutschland, 2014 waren es etwa 11 000 – und 2015?

Zeller: Das weiß niemand. Zurzeit gehe ich von mindestens 30 000 aus. Eine simple Analogie: Je größer die Zahl der Geflüchteten, desto größer ist der Anteil junger unbegleiteter Menschen.

E&W: Bisher kümmerte sich jeweils das regional zuständige Jugendamt um sie. Nun tritt ein „Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher“* in Kraft, mit dem diese bundesweit verteilt werden sollen. Ist das sinnvoll?

Zeller: Die Verteilung war anfangs sehr umstritten. Flüchtlingsverbände kritisierten, dass die jungen Menschen an Orte kommen, an die sie nicht wollen – viele gehen ja gezielt dorthin, wo sie Bekannte oder eine Community finden. Aber angesichts der großen Zahlen gibt es keinen anderen Weg. >>

Foto: Jugendamt

Birgit Zeller

BSW. Der Vorteil für den Öffentlichen Dienst

BEAMTENSELBSTHILFEWERK gegr. 1960

Nutzen Sie als GEW-Mitglied den Vorteil einer Mitgliedschaft im Beamtenselbsthilfewerk!

- ★ Seit über 50 Jahren die Gemeinschaft für den Öffentlichen Dienst mit ca. 600.000 Mitgliedsfamilien
- ★ Vorteilhaft einkaufen bei über 20.000 namhaften Filialisten und Geschäften vor Ort ...
- ★ ... und bei über 600 Online-Shops, wie Zalando, Ebay, BAUR, OTTO, Peter Hahn, lieferando.de, Fressnapf, XXXL Einrichtungshäuser, CONRAD, DocMorris, Tchibo und viele mehr
- ★ Überdurchschnittlich attraktive Geldanlagen
- ★ Günstig reisen mit Komplett-Service
- ★ Strom, Gas, Heizöl – Energie zu BSW-Konditionen
- ★ Kostenlose Zusatzkarten für Familienmitglieder

Tel. 0800 444 00 120

(gebührenfrei; Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr)

www.bsw.de

E&W: Landet also ein Minderjähriger, der in Flensburg aufgepickt wird, demnächst in den Alpen?

Zeller: Ziel ist, diesen in der Nähe unterzubringen. Aber wie und ob das funktioniert, muss die Praxis erweisen. Es ist ein Experimentierfeld, auf dem die institutionellen Gleise noch nicht verlegt sind.

E&W: Sind denn die Ämter, gerade in kleineren Städten, darauf vorbereitet?

Zeller: Nicht jedes Amt ist zwangsläufig von Anfang an beteiligt. Wir reden von einem dreistufigen Verfahren. Ein Jugendlicher reist ein und wird – meist an den sogenannten Einreiseknoten – registriert. Dort wird abgeklärt: Ist er gesund, gibt es Verwandte, ist er wirklich minderjährig? Diese vorläufige Inobhutnahme dauert bis zu vier Wochen. Wenn das Kontingent der Region ausgeschöpft ist, wird der Jugendliche weitergeschickt. Dafür waren in vielen Ländern sogenannte Zuweisungsjugendämter vorgesehen, aber angesichts steigender Zahlen Asylsuchender werden wohl alle Ämter in Deutschland mit unbegleiteten Minderjährigen zu tun haben – Vorbereitungen und Fortbildungen der Mitarbeiter laufen mit Hochdruck.

E&W: Sie haben gewarnt, es fehle in den Ämtern an Personal. Hat die Politik auf Ihre Warnung reagiert?

Zeller: Es war wichtig, frühzeitig auf das Problem hinzuweisen. Inzwischen hat der Bund Geld für unbegleitete Jugendliche bereitgestellt, und die Jugendämter werden – hoffentlich zügig – zusätzliche Fachkräfte einstellen.

E&W: Gibt es genug Personal?

Zeller: In bestimmten Regionen oder für bestimmte Fachgebiete sind Engpässe festzustellen. Aber oft zeigt sich, dass auf wundersame Weise doch mehr Fachkräfte zur Verfügung stehen als gedacht. Und seien wir ehrlich: Ohne Personalmangel gäbe es keinen Druck, die Arbeitsplätze – in den Ämtern wie auch bei freien Trägern – attraktiv zu gestalten.

E&W: Stichwort freie Träger: Die Jugendlichen nächtigen ja nicht im Amtsflur – reichen die Plätze in Heimen, Wohngruppen oder Pflegefamilien aus?

Zeller: Nein, absolut nicht. Nehmen wir als Beispiel Rheinland-Pfalz mit 5 000 Heimplätzen. Es ist weder räumlich noch personell möglich, auf die Schnelle Tausende weitere Plätze nach den Standards der Jugendhilfe bereitzustellen.

E&W: Das heißt, Sie gehen davon aus, dass Standards sinken werden – möglicherweise dauerhaft und für alle Jugendlichen?

Zeller: Wir wollen die Standards halten. Aber so werden wir nicht alle Jugendlichen sofort unterbringen können. Es wird, zumindest in einer Übergangszeit, Notunterkünfte, Mehrbettzimmer und Betreuung auch durch Ehrenamtliche und Geringqualifizierte geben. Wir werden neue Settings ausprobieren, etwa betreutes Wohnen oder die Unterbringung in Gastfamilien, die andere Voraussetzungen erfüllen müssen als Pflegefamilien. Schließlich sind diese jungen Menschen eine Zielgruppe mit großer Selbstständigkeit.

E&W: Kommen alle minderjährigen Zufluchtsuchenden in die Obhut der Jugendhilfe? In Hamburg werden beispielsweise junge Männer per Genitalmessung** für erwachsen erklärt.

Zeller: Wir lehnen solche Messungen aus ethischen wie wissenschaftlichen Gründen ab. Für uns sind die Selbstauskünfte entscheidend, wobei man sich klar machen muss, dass einige junge Menschen nicht als „jugendlich“ gelten wollen, vielleicht, um schneller arbeiten zu dürfen. Man kann beispielsweise durch Fragen nach dem Lebenslauf in etwa herausfinden, was stimmt. Aber ob jemand 17 Jahre und acht Monate oder 18 Jahre und zwei Monate alt ist, lässt sich nicht klären.

E&W: Flüchtlingsverbände kritisieren, dass unbegleitete Minderjährige ohne rechtliche Vertretung in ihr Asylverfahren gehen müssen – wie geht die Jugendhilfe damit um?

Zeller: Auf diese Kritik ist das neue Gesetz eingegangen. Aber in vielen Fällen ist das Asylverfahren nicht vordringlich, weil Jugendliche ja nicht abgeschoben werden dürfen ...

E&W: ... bis sie an ihrem 18. Geburtstag aus der Jugendhilfe fallen und dem Ausländerrecht unterliegen.

Zeller: Wenn es angeraten ist, kann die Jugendhilfe verlängert werden. Aber es stimmt, damit tun sich manche Ämter schwer, übrigens auch bei deutschen Jugendlichen. Besonders unbegleitete Zufluchtsuchende, denen ja keine Familie zur Seite steht, brauchen Vormünder, die sich für sie einsetzen. Da gibt es in einigen Regionen Probleme, weil die Gerichte sehr lange Zeit benötigen, um einen Vormund zu bestimmen.

E&W: Kümmert sich die Jugendhilfe auch um Kinder, die mit ihren Eltern geflohen sind?

Zeller: Natürlich haben alle Kinder und Jugendlichen Anrecht auf Leistungen. Zweifellos ist die Lage in vielen Erstaufnahmeeinrichtungen nicht kindeswohlgerecht. Aber wir gehen davon aus, dass die Mädchen und Jungen in der Regel bei ihren Eltern gut aufgehoben sind, häufig ist der Kontakt durch die gemeinsam durchlittene Flucht besonders eng. Natürlich sollten alle Verantwortlichen sehr genau darauf achten, dass nicht Menschen in die Unterkünfte kommen, die Kinder gefährden könnten.

Interview: Esther Geißlinger,
freie Journalistin

***Siehe Bundesgesetzblatt Jahrgang 2015, Teil 1, Nr. 42, 25. Oktober 2015**
****s. Artikel in der ZEIT vom 20. September 2015: „Junge Flüchtlinge: Das muss untersucht werden“ und taz Hamburg/taz.de, 2. September 2015: „Altersbestimmung bei Flüchtlingen: Schwanz bleibt Schwanz“, www.taz.de/!5224391/**

„Migrationssensibel“

Was es für die Jugendhilfe als Hilfesystem und die Fachkräfte bedeutet, mit der Vielfalt und Verschiedenartigkeit von Menschen mit Migrationsgeschichte umzugehen, zeigt die Ausgabe 4/2015 der Zeitschrift Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis mit dem Titel „Migrationssensibler Kinder- und Jugendschutz“. Das Heft kann zum Preis von 16 Euro (inkl. Versand) beim Herausgeber bestellt werden:
BAG Kinder- und Jugendschutz,
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Weitere Infos:
www.kjugzeitschrift.de/kjug-42015-migrationssensibler-kinder-und-jugendschutz

„Pragmatismus ist gefragt“

// „Integrationspolitik für Flüchtlinge hat absolute Priorität.“ Das sei Konsens unter allen relevanten politischen Kräften, sagt Ernst Dieter Rossmann, Vorsitzender des Deutschen Volkshochschulverbandes (DVV) und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag. Jetzt, so Rossmann im E&W-Interview, gehe es um deren finanzielle, personelle und konzeptionelle Umsetzung. //

Foto: spdfraktion.de (Susie Knoll/Florian Jänicke)

Ernst Dieter Rossmann

E&W: Der DVV fordert 500 Millionen Euro für eine Weiterbildungsoffensive, die 500 000 geflüchteten erwachsenen Menschen zugutekommen soll. Auf wen ist das Paket zugeschnitten?

Ernst Dieter Rossmann: Bildung und Arbeit sind für Zugewanderte der beste Weg in diese Gesellschaft. Die Summe ist gedacht für alle Träger, nicht nur die Volkshochschulen, die entsprechende Angebote machen: Integrationskurse, berufsbezogene Sprachkurse, Selbstlern-Apps usw. Es geht um eine Ausweitung des Angebots, um Nachqualifizierung und um bessere Bezahlung von Lehrkräften. Die 500 Millionen sind nur eine Orientierungsgröße. Zusätzlich müssen Mittel für die Kitas, die Schulen und die Berufsbildung mobilisiert werden.

E&W: Was folgt politisch aus dieser Forderung?

Rossmann: Die politischen Weichen sind bereits gestellt, um Sprach- und Integrationskurse für mehr Flüchtlinge zu öffnen. Das muss sich dann auch klar im Bundeshaushalt abbilden. Die schwarze Null darf im Zweifelsfall nicht das Ein und Alles sein. Ein weiterer Punkt ist die drohende Lücke beim Fachperso-

Der Bundespräsident

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

alle für EINE WELT für alle
www.eineweltfueralle.de

Schulwettbewerb des Bundespräsidenten zur Entwicklungspolitik 2015/2016

UNTERSCHIEDE VERBINDEN – GEMEINSAM EINZIGARTIG!

Einsendeschluss 1. März 2016

Lassen Sie Ihre Schülerinnen und Schüler im Rahmen der siebten Runde des Schulwettbewerbs des Bundespräsidenten zur Entwicklungspolitik auf Entdeckungsreise nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden gehen. Kinder und Jugendliche aller Jahrgangsstufen und Schulformen haben die Möglichkeit, Beiträge zum Thema „Umgang mit Vielfalt“ einzureichen und attraktive Preise im Gesamtwert von über 50.000 Euro zu gewinnen. Egal ob Fotos, Texte, Videos, Kunst oder Musik: Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt!

Alle Informationen zum Wettbewerb finden Sie unter www.eineweltfueralle.de

Durchgeführt von: ENGAGEMENT GLOBAL

In Kooperation mit: bezev.de, Cornelsen, Grundschulverband

Mit Unterstützung von: Zivilgesellschaft: care, kinder eine welt hilfe, Plan, welthungerhilfe; Wirtschaft: Boehringer Ingelheim; Medien: Frankfurter Allgemeine, spiessen

nal: Deshalb müssen ältere Professionelle reaktiviert und Seiteneinsteiger nachqualifiziert werden. Ehrenamtliche sind zu schulen. Dringend erforderlich ist auch ein Konzept, um die einzelnen Sprachbildungsstufen aufeinander abzustimmen. Das muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zügig entwickeln.

E&W: Von welchem Zeithorizont sprechen Sie?

Rossmann: In vier Wochen ist das alles nicht zu stemmen. Wunder werden nicht über Nacht realisiert. Aber ich sehe keinen Anlass für Kleinmut. Alle Beteiligten arbeiten sehr ernsthaft.

E&W: Sie spielen in diesem Prozess zwei Rollen, die des DVV-Vorsitzenden und die des bildungspolitischen Sprechers einer Regierungsfraktion: Zu welchen Friktionen führt das?

Rossmann: Es geht darum, wie man mit Haushaltszwängen umgeht, in welchem Tempo das Optimum zu erreichen ist und um Qualitätsstandards. Aus VHS-Sicht wäre es fachlich sicherlich am besten, wenn nur hochqualifizierte Dozentinnen und Dozenten Deutsch als Zweitsprache (DaZ) unterrichten würden. Gleichzeitig gilt es abzuwägen, ob man Asylsuchenden die Chance nehmen sollte, schnell Deutsch zu lernen, nur weil man nicht bereit ist, bestehende Standards zu lockern. Das ist ein Spagat, aber keiner, der weh tut.

E&W: Stichwort Qualität: Die neuen BAMF-Kriterien für Integrationslehrkräfte sind „lockerer“ geworden. Manche fürchten jetzt, dass mit dem Zulassungsniveau auch das Honorar abgesenkt werden könnte. Verstehen Sie die Sorge?

Rossmann: Ich nehme die Sorge ernst und kämpfe dafür, dass sie nicht Realität wird. Ich sehe eine andere Entwicklung: Die Länder schaffen viele zusätzliche feste Stellen für DaZ-Lehrkräfte an Schulen. Das kann gute Honorarkräfte von den Volkshochschulen und anderen Trägern abziehen, zumal die bisherigen Vergütungssätze schlecht sind. Hier müssen die Träger höhere Teilnehmerpauschalen inklusive höherer Honorarsätze erhalten. Diese müssen schrittweise von 2,94 Euro auf 4,40 Euro pro Stunde und Teilnehmendem steigen.

E&W: Kritik löst auch die Ausschreibung der Bundesagentur für Arbeit (BA) für Einstiegskurse aus. Im Sinne der Verwaltungsvereinfachung wird vieles den Trägern überlassen. Sie müssen vorfinanzieren und hoffen, alles von der BA erstattet zu bekommen. Können Sie einer Volkshochschule empfehlen, da mitzumachen?

Rossmann: Es ist eine absolut positive Soforthilfe, weil man bei der BA schnell überschüssige Beitragsmittel loseisen konnte. Aber dies darf keine Dauereinrichtung werden, weil solche Kurse mit Steu-

Widersprüchliche

// Bildung für geflüchtete erwachsene Menschen als Schlüssel zur Integration – das fordern viele. Noch ist allerdings nicht klar, woher das nötige Geld, qualifiziertes Personal und passende Konzepte kommen sollen. //

Wochenlang meldete die Volkshochschule (VHS) Osnabrück auf ihrer Website: „Alle Kurse belegt! Bis 1. November keine Beratung oder Aufnahme möglich!“ Land unter – das erlebten im Sommer und Herbst viele Bildungseinrichtungen, die Deutsch als Zweitsprache (DaZ) anbieten. Der Deutsche Volkshochschulverband (DVV) reagierte auf die hohe Sprachkursnachfrage Mitte September mit der Erstforderung nach 500 Millionen Euro für alle Anbieter (s. Interview S. 35 f.).

Der DVV listet detailliert auf, was eine „Bildungsoffensive für Flüchtlinge“ umfassen muss. Zum einen: sprachliche Erstförderung, Integrationskurse und Berufsvorbereitung für die Zugewanderten. Zum anderen sehen die Volkshochschulen aber auch einen erwachsenenpädagogischen Auftrag gegenüber den Einheimischen. Der umfasst etwa die Qualifizierung und Begleitung von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit oder Dialogveranstaltungen vor Ort, um die gesellschaftliche Debatte zu versachlichen. Schließlich fordert der DVV Geld, um die verschiedenen Ansätze zu einem ganzheitlichen Bildungsangebot zu verzahnen.

Münchner Pilotprojekt

Ortstermin München, McGraw-Kaserne, Erstaufnahmeeinrichtung für 300 Flüchtlinge. Das Pilotprojekt von Stadt und VHS zur sprachlichen Erstorientierung für neu Angekommene heißt „Komm rein“. Und das ist wörtlich zu nehmen: Es ist ein ständiges Kommen und Gehen – während der Unterrichtsstunde ebenso wie im Wochenverlauf. Die Lehrerinnen Gunhild Brössler und Monika Prokop wissen nie, was sie erwartet. „Gerade

McGraw-Kaserne in München, Erstaufnahmeeinrichtung für 300 geflüchtete Menschen. Zur sprachlichen Erstorientierung bieten Stadt und Volkshochschule für neu Angekommene das Pilotprojekt „Komm rein“ an.

Foto: dpa

ergeldern finanziert werden müssen. Wir müssen die Erfahrungen mit dieser Initiative evaluieren. Ein Lohn- oder Organisationsdumping darf es natürlich nicht geben. Solange die Bedingungen nicht fragwürdig sind, sollte sich aber kein Träger verschließen. Denn wir brauchen solche Pakte der Vernunft, von Trägern, Sozialpartnern und allen politischen Ebenen. Jetzt ist Pragmatismus gefragt – im Interesse nachhaltiger Hilfe für die geflüchteten Menschen.

Interview: Helga Ballauf,
freie Journalistin

politische Signale

gab es drei Wochen mit einer relativ stabilen Lerngruppe; da kamen wir weit mit den selbst entwickelten Materialien“, berichtet Prokop. Das ist an diesem Montag definitiv vorbei. Viele Zugewanderte sind verlegt worden, andere gerade angekommen – unter anderem aus Mali, Pakistan, Nigeria, Mazedonien, Syrien, Afghanistan. Neben den Neuen sitzen junge Männer, die schon drei, vier Deutschstunden hinter sich haben. Mit ihnen geht eine freiwillige Unterrichtshilfe in den Nebenraum, zum Wiederholen und Üben.

Start für die Anfänger. „Ich heiße Gunhild Brössler. Wie heißen Sie?“, wendet sich die Lehrerin an einen Neuankömmling. Arabisch und Englisch schwirren durch den Raum. Dann haben die meisten die Übung verstanden, versuchen zu antworten und die Frage weiterzugeben. Einigen macht das Spaß, andere sind verunsichert. Eine Liste mit dem deutschen Alphabet wird ausgeteilt. (Fast) jedem Buchstaben ist ein Fluchtland zugeordnet. Zeit, um vor dem neuen Mini-Dialog „Woher kommen Sie?“ die Aussprache der Buchstaben zu üben. Im Chor probiert die Gruppe das „Ü“, das „Ö“, das „Ä“ – gewöhnungsbedürftige Laute für viele.

Zum Münchner Pilotprojekt gehört der Auftrag, Lernbausteine für die Einsteiger zu entwickeln und Ehrenamtliche zu qualifizieren, etwa für Teamteaching. „Es gibt erst wenige Erfahrungswerte“, sagt Brössler. Ihre Forderung: Wer ankommt, sollte bis zum Entscheid über seinen Aufenthaltsstatus in einer Einrichtung bleiben können. Damit sich nach dem Erstkontakt mit dem Deutschen gleich die gestuften Sprachkurse anschließen können, passend zum individuellen Lerntempo der Neuankömmlinge.

Derzeit sind die politischen Signale widersprüchlich – ob es um den Verbleib Asylsuchender geht, um ihren Deutschunterricht oder um die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Fest steht: Die Zahl der Flüchtlinge steigt; der Kreis der Kursberechtigten ist gerade auf Zuwanderer mit Bleibeperspektive erweitert worden; entsprechend qualifizierte Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sind jedoch rar. „Ist der Politik klar“, fragt Ansgar Klinger, Leiter des GEW-Vorstandsbereichs Weiterbildung, „dass sie jetzt die Bedingungen für Integrationslehrkräfte deutlich verbessern muss?“ Die Träger wären bereit, bisherige Honorarkräfte fest anzustellen, „sofern sie eine Garantievergütung und Planungssicherheit erhalten“, sagt Klinger. Darin sieht der GEW-Experte eine Chance. Doch die Gefahr, dass bei Geld und Qualität gespart wird, sei nicht gebannt. Deshalb fordert Klinger: „Die Zulassungskriterien für Integrationslehrkräfte dürfen nicht weiter abgesenkt werden und die Bezahlung muss qualifikationsadäquat sein.“

Helga Ballauf,
freie Journalistin

Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Masterstudiengang
Bildung im Alter (M.A.)

Weiterbildung im Bereich Alterspädagogik (berufsbegleitend)

- Bildungsangebote für ältere Menschen kompetent entwickeln und durchführen
- Altersgerechte Didaktik und gerontologische Kenntnisse qualifiziert anwenden
- Interdisziplinärer Zugang
- Flexibles Studium durch Blended Learning

Qualifizieren Sie sich in einem beruflichen Zukunftsfeld!

www.ph-karlsruhe.de/ma-bia

University of Education
Pädagogische Hochschule
karlsruhe

gefördert durch
Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

Elternsprechtag und Schüleranmeldung

Termine einfach online reservieren und verwalten

- Per Smartphone oder PC
- Einfach, schnell und sicher
- Die Erleichterung für Lehrer/innen und Eltern
- Komfortabel und Zeitsparend für das Sekretariat
- Alle Sprechtage und Einschulungen für jährlich 120 €
- Unverbindlich mit vollständiger Installation ausprobieren

www.otis-elternsprechtag.de

Kontakt und weitere Software

www.pedav.eu

„Es darf nicht an Pa

// Rein rechtlich darf jede Grundschule in Deutschland Kinder ohne Papiere aufnehmen. Jetzt geht es darum, dass diese Information auch in der Praxis ankommt, denn eine aktuelle GEW-Studie zeigt, dass nur jede dritte Schule das Recht der papierlosen Kinder auf Schulbesuch problemlos umsetzt. //

Eine Schulanmeldung ohne Meldebestätigung: Das ist kein Problem für Leo Fischer*, Leiter einer Grundschule im Hamburger Osten. Seit Jahren werden in der Ganztagsschule auch Kinder ohne Aufenthaltspapiere beschult. Deren Familien leben ohne Aufenthaltsrecht, Gestattung oder Duldung – und damit ohne Kenntnis der Ausländerbehörde – in Hamburg. Deshalb können sie bei der Anmeldung keine Meldebestätigung vorlegen. „Wir nehmen das Kind dennoch in die interne Verwaltung auf“, erläutert der Schulleiter. „Am wichtigsten ist es für uns, eine Kontaktadresse und die Telefonnummer der Eltern zu haben, unter der sie im Notfall zu erreichen sind“, so Fischer. Maßgeblich für sein Handeln sei die Überzeugung, dass „jedes Kind ein Recht auf Schulbesuch hat und die Schulanmeldung nicht an den Papieren scheitern darf“.

Einer solch klaren Haltung begegneten Yasemin Karakaşoğlu, Dita Vogel und Barbara Funck nur vereinzelt während der Interviews für ihre aktuelle Studie „Es darf nicht an Papieren scheitern – Theorie und Praxis der Einschulung von papierlosen Kindern in Grundschulen“**, die die Max-Traeger-Stiftung der GEW finanziert hat. Die Bremer Erziehungswissenschaftlerinnen wollten mit einer telefonischen Umfrage herausfinden, ob und wie die Anmeldung von Kindern ohne Papiere möglich ist.

Das Ergebnis ist deutlich: 62 von 100 befragten Grundschulen in der gesamten Bundesrepublik zeigten keinen Weg auf, um ein papierloses Kind anzumelden. Viele Einrichtungen waren unsicher und verwiesen auf Schulräte oder Schulämter. Doch auch auf dieser Hierarchie-Ebene traf nur die Hälfte der Befragten eine positive Aussage zur Schulanmeldung. „In vielen Schulen fehlt das Bewusstsein dafür, dass jedes Kind ein Recht auf Bildung hat“, stellen die Wissenschaftlerinnen fest. Allerdings, so räumen sie ein, sei der Rechtsanspruch in keinem Bundesland explizit festgeschrieben, sondern lasse sich nur indirekt aus Landesrecht oder internationalem Recht wie der UN-Kinderrechtskonvention ableiten.

Die Zahl betroffener Kinder schätzt Vogel bundesweit auf „einige Tausend bis einige Zehntausend“. Jedoch ist unklar, wie viele von ihnen eine Schule besuchen. In der Untersuchung hatten sieben Prozent der Grundschulen bereits Erfahrung mit der Beschulung papierloser Kinder. Deren Eltern sind irgendwann mit einem Touristenvisum eingereist und hier geblieben, um zu arbeiten. Andere sind nach der Ablehnung des Asylgesuchs untergetaucht. Angesichts der jüngsten Verschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht, das vor allem Menschen aus den sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ auf dem Westbalkan trifft, rechnet Erziehungswissenschaftlerin Vogel mit einer wachsenden Zahl von Menschen, die untertauchen.

Foto: dpa

Schulanmeldung ohne Meldebestätigung? Viele papierlose Kinder scheitern schon in den Schulsekretariaten. Die Autorinnen der GEW-Studie empfehlen einen Zusatz in den Landesschulgesetzen: „Alle Kinder haben unabhängig vom Aufenthaltsstatus einen Anspruch auf Einschulung.“ Hamburg und Nordrhein-Westfalen sind schon vorangegangen.

Unabhängig vom Status

Die Studie beschreibt, dass die Schulen nur in Hamburg und Nordrhein-Westfalen Rechtssicherheit durch Klarstellungen des zuständigen Ministeriums erhalten. So steht im Senatsbrief der Behörde für Schule und Berufsbildung aus dem Jahr 2009, dass eine Wohnung in Hamburg sowohl das Recht als auch die Pflicht zum Schulbesuch in der Hansestadt umfasst. Der Wohnort müsse nicht durch eine Meldebestätigung nachgewiesen werden. „Der Schulbesuch darf nicht verwehrt werden, weil keine Meldebescheinigung vorgelegt wird“, heißt es in dem Schreiben. Außerdem wird festgestellt, dass der Schulbesuch unabhängig vom Aufenthaltsstatus sei und dieser weder erfragt noch an die Ausländerbehörde gemeldet werden müsse. Entsprechend haben alle in Hamburg befragten Schu-

pieren scheitern“

len eine Möglichkeit zum Schulbesuch aufgezeigt. Der nordrhein-westfälische Erlass war hingegen nicht an allen Schulen und Schulämtern im Bundesland bekannt.

Die befragten Schulen in den neuen Bundesländern, in Rheinland-Pfalz und – mit einer Ausnahme – in Niedersachsen erklärten, dass papierlose Kinder keine Aussicht auf einen Schulbesuch hätten. Auch Schulen in anderen Bundesländern lehnten einen Bildungsanspruch ausdrücklich ab. Viele Schulen, so die Forscherinnen, gingen von der Annahme aus, dass Polizei, Meldeämter oder Ausländerbehörde informiert werden müssen, um sich rechtlich abzusichern. Ein solches Vorgehen hätte fatale Folgen: Um nicht abgeschoben zu werden, müsste die Familie eine neue Wohnung suchen.

Die Schulen befürchteten, mit der Beschulung papierloser Kinder gegen ihre Dienstpflichten zu handeln. Mehr noch: Selbst drei Schulämter gaben an, dass sie anfragenden Schulen rieten, den illegalen Aufenthalt anzuzeigen. Das jedoch sei eine „eindeutig falsche Position“, betonten die Wissenschaftlerinnen. Denn bereits 2011 hat der Bundestag durch eine Änderung im Aufenthaltsgesetz beschlossen, dass Schulen sowie andere Bildungs- und Erziehungseinrichtungen nicht länger verpflichtet seien, Daten an Ausländerbehörden weiterzuleiten. Der Schulbesuch von Kindern ohne Papiere sollte seitdem ohne Angst vor Entdeckung und Abschiebung möglich sein. „Diese Gesetzesänderung ist in der Praxis leider noch nicht überall angekommen“, sagt GEW-Vorsitzende Marlis Tepe.

Der politische Richtungswechsel geschah nicht zuletzt auf Druck von kirchlichen und Menschenrechtsorganisationen sowie durch Lobbyarbeit der GEW. Ein ebenfalls im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung angefertigtes Rechtsgutachten von Peter Fodor und Erich Peter (2005) leitet das Recht statusloser Kinder auf schulische Erziehung aus Grund- und Menschenrechten ab.**

Als bürokratische Hürde verwiesen viele Schulen auf die Grundschulzuweisung nach Schulbezirken, stellen die Verfasserinnen der aktuellen Studie fest. Die Schulsekretariate forderten die Vorlage der Meldebescheinigung, um zu überprüfen, ob das Kind tatsächlich im Schuleinzugsbereich wohnt. Alternative Wohnnachweise würden oft nicht akzeptiert. „Offensichtlich ist die grundsätzliche Haltung, dass ein Schulbesuch für Kinder so wichtig ist, dass alle bürokratischen Hindernisse dafür zurückstehen sollten, nicht überall verbreitet“, kommentieren Karakaşoğlu und ihre Co-Autorinnen.

Gutes Netzwerk

Die Mitarbeiterin einer Anlaufstelle für Papierlose in München bestätigt dieses Vorgehen aus eigener Erfahrung. Sie habe versucht, für ein sechsjähriges Kind ohne Papiere einen Schulplatz zu finden. Ein Dutzend Schulen habe sie telefonisch angefragt, aber immer dieselbe Antwort erhalten: Aufgrund des „Sprengel-Prinzips“*** sei eine Meldebestätigung erforderlich. Erschwert wurde die Suche aufgrund fehlender Deutschkenntnisse des Kindes. Sie endete erfolglos.

In Hamburg hat sich ein gut funktionierendes Netzwerk etabliert: Da mittlerweile auch Kinder ohne Papiere kostenfrei und ohne Angst vor Entdeckung die Kita besuchen können (s. E&W 6/2015), übernehmen deren Mitarbeiterinnen häufig die telefonischen Anfragen bei den Schulen. In den Netzwerken sei bekannt, welche Schule Kapazitäten hat, berichtet Kitaleiterin Marina Schreiner*. Wesentlich für den Schulalltag mit papierlosen Kindern ist, dass alle Beteiligten informiert sind, erklärt Martin Bergmann*, ebenfalls Schulleiter in der Hansestadt. „Alle müssen wissen, was im Notfall zu tun ist.“ Die Verantwortlichen kennen im Umkreis Ärzte, die Papierlose behandeln. „Wenn ein Kind ohne Papiere einen Unfall hat, rufen wir selbstverständlich den Notarzt“, sagt ein weiterer Hamburger Schulleiter, der anonym bleiben will. Angemeldete Kinder sind grundsätzlich unfallversichert, auch das hat der Hamburger Senat in seinem Brief klargestellt.

Die Bremer Wissenschaftlerinnen haben aus den Ergebnissen konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet. Damit das Schulrecht papierloser Kinder geklärt ist, empfehlen sie einen Zusatz in den Landesschulgesetzen: „Alle Kinder haben unabhängig vom Aufenthaltsstatus einen Anspruch auf Einschulung.“ Ebenfalls sollte festgehalten werden, dass Daten zum Aufenthaltsstatus nicht weitergegeben werden dürfen. Zudem wird den Kultusbehörden empfohlen, die Schulbehörden regelmäßig über die Rechtslage aufzuklären und Wege für die Beschulung papierloser Kinder aufzuzeigen. „Die GEW wird entsprechende Initiativen in den Bundesländern starten“, kündigte Tepe an.

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

*Name geändert
**s. www.gew.de/flucht-und-asyl/
*** Zuordnung zu Schulbezirken

Erfolgreich gegen Kinderarbeit

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“.

// Das Leben in Armut hindert Jungen und Mädchen weltweit am Zugang zu Bildung. Die GEW-Stiftung fair childhood* hat sich Bildung statt Kinderarbeit zur Aufgabe gemacht und kooperiert international mit Bildungsgewerkschaften im Kampf gegen die Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen. Mit Erfolg. //

Albanien ist eines der ärmsten Länder Europas, mit über 14 Prozent der Bevölkerung, die unter der Armutsschwelle leben. In der Not sehen sich viele Familien gezwungen, die Kinder aus der Schule zu nehmen und zur Arbeit zu schicken. UNICEF geht davon aus, dass zwölf Prozent der Fünf- bis 14-Jährigen Kinderarbeit verrichten, darunter gefährliche Arbeiten in Minen und auf Baustellen, oder riskante Jobs als Drogenkuriere übernehmen.

Auch in Burkina Faso führt Armut dazu, dass Familien ihre Kinder an Arbeitgeber verkaufen oder arbeiten lassen. In dem westafrikanischen Land arbeiten 42 Prozent der Fünf- bis 14-Jährigen, darunter viele in Steinbrüchen und im Handwerk – meist unter gesundheitsschädigenden Bedingungen. In derselben Altersgruppe besuchen nur 41 Prozent eine Schule. Mit der Förderung von Schulbildung will fair childhood eine andere, bessere Perspektive für benachteiligte Kinder und Jugendliche schaffen.

Gemeinsam mit den albanischen Bildungsgewerkschaften FSASH (Trade Union of Education and Science) und SPASH (Independent Trade Union of Education) setzt sich die GEW-Stiftung seit September 2014 an zwei Schulen in Bathore nahe der Hauptstadt Tirana dagegen, dass Kinder regelmäßig zur Schule gehen und diese nicht ohne Abschluss abbrechen. Schon innerhalb des ersten Jahres zeigten sich an den Schulen „Halit Coka“ und „Ahmet Zogu“ erste Erfolge: 25 von 37 Schülerinnen und Schülern, die die Schule nicht besuchten, nehmen wieder regelmäßig im Unterricht teil. Von 112 Kindern und Jugendlichen mit hohem Abbruchrisiko konnten 103 davon überzeugt werden, die Schule nicht zu verlassen.

Der Erfolg ist dem Einsatz sogenannter monitoring groups zu verdanken, deren Arbeit durch Projektmittel unterstützt wird. Jeweils drei Lehrkräfte, ein Schüler bzw. eine Schülerin sowie ein Elternteil bilden ein fünfköpfiges Team, von denen vier an jeder Schule aktiv sind. Vor allem die Mitschüler können als gleichaltrige „peers“ den betroffenen Kindern Mut machen. Zwei Mädchen der Ahmet-Zogu-Schule berichten stolz von ihrer Aufgabe: „Manchmal haben wir größeren Einfluss auf unsere Mitschülerinnen und Mitschüler und deren Eltern als die Erwachsenen. Wir können sie davon überzeugen, wie wichtig Bildung ist, denn wir haben große Freude am Lernen und die kann ansteckend sein.“

In Burkina Faso hat sich fair childhood den Kampf gegen Kinderarbeit zur Aufgabe gemacht und kooperiert mit dem burkinischen Gewerkschaftsbund F-SYNTER, der die Beschäftigten in Erziehung und Wissenschaft organisiert, sowie mit SYNTAS, der Gewerkschaft der Beschäftigten im Bereich Arbeit und Soziales. Mit Projektbeginn im Juni 2015 haben Sozialarbeiter und Lehrkräfte in der Hauptstadt Ouagadougou begonnen, mit den Familien betroffener Mädchen und Jungen Gespräche zu führen und diese zu überzeugen, dass die Kinder mit einer schulischen und beruflichen Ausbildung bessere Zukunftschancen haben.

„Wir sind übereingekommen, zunächst über einen Zeitraum von drei Jahren 115 Kinder und Jugendliche von der Arbeit in Grundschulen, weiterführende Schulen und berufliche Ausbildung zu bringen. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein für ein Land wie Burkina Faso – aber eine Chance, das Leben für 115 Kinder und ihre Familien konkret und dauerhaft zu verbessern“, betont Klaus Bullan, Mitglied des Stiftungsvorstands.

Damit die Projekte langfristig mehr Familien zugutekommen, ist fair childhood weiterhin auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Foto: FSASH/SPASH

Dank der Spendengelder kann fair childhood für besonders benachteiligte Schülerinnen und Schüler in Bathore (Albanien) Schulmaterial und Rucksäcke zur Verfügung stellen.

Susanne Hemmerling,
Referentin der GEW-Stiftung fair childhood

***Alle fair-childhood-Projekte unter www.fair-childhood.de**

Foto: FSASH/SPASH

Kinder in Bathore (Albanien) beim Schrottsammeln

Kinderarbeit bekämpfen, Bildung ermöglichen!

Armut zwingt viele Kinder und Jugendliche, unter unmenschlichen Bedingungen zu arbeiten. Die GEW-Stiftung *fair childhood* kämpft gemeinsam mit Gewerkschaften und NGOs weltweit erfolgreich gegen Ausbeutung. Sie ermöglicht den Bildungszugang von Kindern und Jugendlichen und gibt ihnen eine Perspektive in ihrer Heimat. Helfen Sie uns dabei mit einer Spende!

Informationen zu unseren Projekten und Kontakt unter:
www.fair-childhood.eu
fair-childhood@gew.de

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

Neues GEW-Mitglied werben und als Prämie 30 Euro an *fair childhood* spenden!

Mehr Infos unter www.gew.de/praemienwerbung

Ja, ich möchte mehr Informationen zu *fair childhood*. Bitte senden Sie mir Ihren Prospekt zu.

E&W 12/2015

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon (optional)

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:
fair childhood · GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit · z. Hd. Susanne Hemmerling · Reifenberger Straße 21 · 60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

MARLIS TEPE

Foto: Kay Herschelmann

„Fürchtet euch nicht!“

Der schönste Satz der Weihnachtsbotschaft: „Fürchtet euch nicht!“ Mit Weihnachten kommt die Zeit, in der ich die alten Lieder im Kreis meiner Familie singe. Und es kommt die dunkle Jahreszeit, der wir mit viel Kerzenlicht begegnen. Dann die Tage „zwischen den Jahren“, Tage, an denen ich an das vergangene Jahr zurückdenke, innehalte und mich auf das neue zu freuen beginne. Eine Zeit der Stärkung.

„Fürchtet euch nicht!“ halte ich dem Entsetzen, der Trauer, der Ohnmacht und Sorge entgegen, die mich nach den Attentaten von Paris beschlichen haben. Sorge, dass sich unsere Gesellschaft grundlegend zu verändern droht. Für viele Menschen rückt der Terror sehr nah, weil Paris in unserem Nachbarland liegt, weil Fernsehen und Presse pausenlos darüber berichten. Weil sich im Netz Schock und Trauer, aber auch die Predigt von Hass und Gewalt potenzieren. Viele ängstigen sich, weil die Terroristen scheinbar wahllos zugeschlagen haben. Manche fürchten sich, weil der französische Staat mit Rache reagiert. Auf meiner Zugfahrt von Brüssel nach Frankfurt a. M. kontrollierte eine Militärstreife mit drei Soldaten die Wagen, einer mit Maschinenpistole im Anschlag, zwei dahinter, die nach „verdächtigen“ Gepäckstücken suchten.

Setzen wir der Gewaltspirale unsere aufrechte Überzeugung entgegen: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Halten wir an den Grundrechten und dem Recht auf Asyl fest. Setzen wir uns dafür ein, dass die Opfer von Krieg und Terror, die Flüchtlinge, jetzt nicht zu Tätern gemacht werden. Setzen wir uns dafür ein, dass jetzt keine Zäune vor den Zufluchtsuchenden hochgezogen und diese nicht unter Generalverdacht gestellt werden, sie seien potenzielle Terroristen.

Der Terror ist schon lange da. In der Türkei, in Nigeria, Tunesien, Mali, in Palästina und Israel. Auch in Deutschland haben wir Zeiten des Terrors erlebt, und nach den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 hat auch Deutschland „die Freiheit am Hindukusch verteidigt“. Gewalt war und ist aber keine Lösung.

Radikaler Islamismus ist nur ein Aspekt aktueller Bedrohung. Hinter ihm steckt die Ideologie der Ungleichheit, der Verachtung Andersdenkender. Auch Rechtsradikale und Rechtspopulisten bedrohen unsere grundlegenden Freiheiten. Auch sie lehnen das gemeinsame Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Lebensentwürfe ab. Genauso wie die Islamisten sind sie Feinde individueller Freiheit. Stellen wir uns einem Denken, das Differenz ablehnt, ebenso entgegen wie einer pauschalen Verurteilung von Muslimen.

Als Pädagoginnen und Pädagogen fragen wir uns, was falsch gelaufen ist, wenn sich junge Menschen radikalisieren. Bildung kann ein Schlüssel sein, denn: Menschen zu befähigen, ihre Rechte wahrzunehmen, politisch urteilsfähig zu werden und sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen, ist eine zentrale Aufgabe des Bildungswesens. Die Menschenrechte müssen unser Wertmaßstab sein.

Als GEW setzen wir uns dafür ein, dass Lernprozesse zur Demokratiefähigkeit intensiviert werden und Politik sie besser unterstützt.

Politik darf die Bildungseinrichtungen mit ihrer Aufgabe nicht alleinlassen, gerade weil die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich global zunimmt. Eine Antwort lautet: Unsere Gesellschaft muss allen Menschen Perspektiven eröffnen.

Unser Ruf nach „Bildung statt Bomben“ ist immer noch richtig! Treten wir weiter für unsere Ziele ein und fordern von der Politik die notwendigen Schritte. Weil es keine schnellen Lösungen gibt, sind wir als Teil der Zivilgesellschaft gefordert. Wir tragen eine Verantwortung für die Zukunft einer freien und offenen Gesellschaft. Vor Terror und rechter Stimmungsmache dürfen wir nicht kapitulieren. Fürchten wir uns nicht!

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

„Recht auf Kindheit“

(E&W 10/2015, Schwerpunkt „Digitale Bildung“, Seite 6 ff.)

Ich bin nicht gegen Neue Medien im Unterricht im Allgemeinen. Es ist in der Grundschule nur so, dass viele Kinder sich nicht mal die Schuhe zubinden können. Es dauert 20 Minuten, bis sie ihre Sportsachen anhaben, 30 Minuten, bis diese wieder zurück im Turnbeutel sind. Aber mit „Mäusen“ oder auf „Tablets“ sollen sie schon so früh wie möglich in die virtuelle Welt eintauchen. Die Kinder klagen heute über große Sorgen, haben Ängste, werden zugeschüttet mit Vorsichtsmaßnahmen. Sie haben kaum Zeit, sich mal zu langweilen. Auch daheim machen Mädchen und Jungen oft nichts anderes, als entweder von einem Termin zum nächsten zu rennen oder vor Fernseher oder Computer zu sitzen. Der Heranwachsende wird durch die vielen virtuellen Medien dazu animiert, seelisch, geistig und körperlich zu verkümmern. Als Lehrerin geht es mir darum, dass die Kinder ein Recht auf ihre Kindheit haben und sie weitgehend vor dem Einfluss virtueller Medien geschützt werden.

C. Jülich (per E-Mail)

„Digitale Oberflächlichkeit“

Nicht zu Unrecht kritisiert man an digitalen Medien gerne, sie verführten sehr leicht zur Oberflächlichkeit. Die Beiträge zum Thema „Digitale Bildung“ scheinen den Vorwurf zu bestätigen. Der ganze Schwerpunkt bewegt sich eher „auf der Oberfläche“ didaktisch-methodischer Überlegungen und einem merkwürdig verbreiteten „Spaß-Begriff“ in Bezug auf das Lernen.

Ich empfehle, z. B. einen Blick auf die Darstellung von Gerald Lembke/Ingo Leipner zu werfen: „Die Lüge der digitalen Bildung“. Beide Autoren sind, schon von Berufs wegen, nicht verdächtig, neue Kommunikationstechnologien zu verteufeln. Sie bemühen sich aber zumindest, eine Art Analyse der Grundlagen und eine Differenzierung für den Einsatz digitaler Medien in der Bildung zu entwerfen. Davon sind die Artikel in der E&W weit entfernt. Schon gar nicht wird dort versucht, sich mit den grundsätzlichen Folgen digitaler Technik auseinanderzusetzen. Wohlgemerkt: Es geht nicht darum, die ganze IT-Technik aus dem Bildungsprozess auszuklammern. Aber eine längst überfällige Neubestimmung dessen, was wir als Bildungsgewerkschaft unter Bildung verstehen wollen, muss auch eine etwas grundsätzlichere Auseinandersetzung mit Digitalität einschließen.

Fritz Köbler, Höchstadt/A.

„Tastaturtraining nötig“

Digitale Bildung in der Schule? Dass ich nicht lache! Als Lehrer, der 40 Jahre an einer Beruflichen Schule tätig war, kann ich versichern, dass nur wenige der älteren Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, eine Tastatur sachgerecht zu be-

>> **Fortsetzung auf Seite 44**

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Malta – Sonneninsel im Mittelmeer

Kulturelle Schätze und malerische Fischerdörfer

8-tägige Flugeise

ab € 780,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 98,- p. P.

Preise und Termine

Abflug-termine	Preis p. P. im DZ	EZ-Zuschlag
03.02.16 10.02.16 17.02.16	€ 780,-	€ 98,-
24.02.16	€ 789,-	
02.03.16 09.03.16 16.03.16 23.03.16	€ 958,-	€ 115,-
30.03.16	€ 1.065,-	€ 132,-
06.04.16 13.04.16 20.04.16	€ 1.054,-	
27.04.16	€ 1.089,-	

Das beinhaltet unsere Reise

- ✓ Flug mit Air Malta inkl. Steuern und Gebühren
- ✓ Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen
- ✓ Flughafenassistenz bei Ankunft/Abflug Malta
- ✓ 7 Übernachtungen im Dolmen Resort Hotel (****), oder gleichwertig
- ✓ 7 x Frühstücks-Büfett
- ✓ 6 x Abendessen im Hotel (bei Spätanreise 5 x Abendessen und 1 x Lunchpaket)
- ✓ 1 x Kaninchenessen (Maltas Nationalgericht) in einem typisch maltesischen Restaurant in Hotelnähe
- ✓ Halbtagesausflug „Die drei alten Städte”, Ganztagesausflug „Valletta” inklusive „Malta Experience”, Ganztagesausflug „Maltas Höhepunkte”, Ganztagesausflug „Gozo”
- ✓ Hafenrundfahrt und Shopping in Sliema
- ✓ deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort

Fotos © visitmalta.com

Abflughäfen

- München
- Düsseldorf + € 15,- p. P.
- Frankfurt/Main + € 20,- p. P.
- Hamburg + € 20,- p. P.
- Berlin-Tegel + € 20,- p. P.

Flugsaisonzuschlag

- München + € 55,- p. P. (23.03.16)
- Düsseldorf + € 55,- p. P. (23.03.16)
- Frankfurt/Main + € 55,- p. P. (30.03.16)
- Hamburg + € 55,- p. P. (09.03.16)
- Berlin-Tegel + € 55,- p. P. (23.03.16)

Wunschleistung

- Zug zum Flug:
  - bis 400 km pro Strecke **€ 80,- p. P.**
  - über 400 km pro Strecke **€ 130,- p. P.**

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen

Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

dienen. Tastaturtraining steht in vielen Lehrplänen, das ist unstrittig. Vergessen wir aber nicht: Was eine Lehrkraft selbst nicht beherrscht, kann sie auch nicht unterrichten. Tastaturtraining sollte daher Pflichtfach in der Grundschule werden, von Fachlehrkräften unterrichtet. Das wäre gut für unsere Schülerinnen und Schüler und für die Wirtschaft, von der wir schließlich leben.

Peter J. Hakenjos, Pfinztal

„Kritische Stimmen vermisst“

Zum Thema „Digitale Bildung“ habe ich kritische Stimmen vermisst. Ist es wirklich sinnvoll und wünschenswert, unseren Nachwuchs und ebenso die Lehrkräfte auch noch in den Schulen einer Elektrosmog-Wolke durch WLAN-Dauerbestrahlung auszusetzen? Wie der Hirnforscher Prof. Manfred Spitzer feststellt, führen hier die Industrie-Lobbyisten die Feder, so dass wissenschaftliche Erkenntnisse ignoriert und den politischen Entscheidungsträgern vorenthalten werden. Denn es geht ums Geld.

Negative Einflüsse auf die Entwicklung und die Lernleistungen von Kindern sind z. B. nachzulesen in „diagnose funk, brennpunkt, Ausgabe 9. Mai 2013, kontakt@diagnose-funk.de“.

Auch diesen Aspekt sollte E&W im Sinne eines vorbeugenden Gesundheitsschutzes berücksichtigen.

Adelheid Ecser, Regenstauf

„Keineswegs ‚unbekannt‘“

Im Schwerpunkt „Digitale Bildung“ kommen kritische Stimmen zu wenig zu Wort. Zweifellos kann sorgsamer und sinnvoller Umgang mit digitalen Medien nur da trainiert werden, wo sie auch konkret eingesetzt werden. Zu einer ausgewogenen Darstellung hätte es aber gehört, auch unabhängige Experten zu Wort kommen zu lassen, die vor den gesundheitlichen und psychosozialen Auswirkungen digitaler Medien warnen – besonders vor dem Einsatz in der Grundschule. Wie sich digitale Medien auf Lern- und Denkprozesse auswirken, ist nämlich keineswegs „unbekannt“, wie GEW-Vorsitzende Marlis Tepe meint: Nachteilige Folgen sind klar belegt. Zum Beispiel in den Büchern „Digitale Demenz“ des Hirnforschers Prof. Manfred Spitzer und „Die Lüge der Digitalen Bildung“ von Prof. Gerald Lembke, Studiengangleiter für Digitale Medien. Dass die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen durch WLAN-Strahlung Schaden nehmen kann, hat die E&W-Redaktion völlig ausgeklammert.

Zum Weiterlesen empfehlen wir die Rubrik „Psychosoziale Auswirkungen“ unter www.mobilfunk-zukunft.de.

Herbert und Elisabeth Diefenthaler, Memmingen

„Kein kritischer Dialog“

(E&W 10/2015, Seite 23 ff.: „Dialog“)

Während GEW-Vorstandsmitglied Frauke Gützkow in ihrem Kommentar die „Grauzone Ehrenamt“ zu Recht thematisiert, fehlt im Interview mit Anne Traulich von der Organisation „Seniorpartner in School (SiS)“ der kritische Dialog. Sehr misslich.

Denn niemand wird ernsthaft etwas gegen ein ehrenamtliches Engagement von Seniorinnen und Senioren an Schulen einwenden wollen. Doch die Fragen tun sich an ganz anderen Stellen auf – zum Beispiel:

– Wer vergibt eigentlich den Auftrag an die SiS-Ehrenamtlichen und überprüft ihn?
– Über welche beruflichen Grundkompetenzen verfügen die SiS-Aktiven?
– Wer übernimmt die Verantwortung bei fehlerhafter Beratung oder Mediation o. ä.?
– Stehen großelterliche Ratschläge und Erfahrung sozialpädagogischer Expertise gegenüber?

E&W entzieht sich an dieser Stelle einer inhaltlichen Diskussion, die die Redaktion unbedingt führen sollte – egal, in welchem Gewand ein Ehrenamt daherkommt.

Steffen Kanis (per E-Mail)

„Traumjob Lehrkraft?“

(E&W 10/2015, Dialog Seite 4: „Gemeinsam für Gerechtigkeit“)

Die volle Erwerbsminderungsrente muss auf mindestens 1 400 Euro im Monat angehoben werden, um das Risiko der Altersarmut auch für Lehrkräfte abzumildern. Ein selbstbestimmter Lebensabend ist sonst nicht möglich. Traumjob Lehrkraft?

Martin Leich (per E-Mail)

„Berührt und wütend“

(E&W 10/2015, Seite 28 ff.: „Entkoppelte Jugendliche“)

Großer Dank an die E&W-Redaktion für den Artikel über „entkoppelte Jugendliche“. Ich begegne diesen jungen Menschen in Hamburg jeden Tag auf meinem Arbeitsweg. Auch deshalb freut es mich, dass Sie deren Situation aufgegriffen haben. Der Beitrag hat mich berührt und wütend zugleich gemacht. Berührt, weil ich jetzt deren Lage und Bedürfnisse besser verstehe, ihre Suche nach Wärme und Anerkennung, die sie woanders nicht bekommen. Wut kommt auf, weil sich die Politik bisher nicht ausreichend um die Belange dieser jungen Menschen kümmert. Die GEW-Forderung nach einer Verbesserung des Hilfesystems finde ich mehr als nur richtig. Auch unter dem Aspekt, dass jeder in der Jugendhilfe ausgegebene Euro später das Dreifache an staatlichen Mitteln spare, wie GEW-Vorstand Norbert Hocke betont. Herzlichen Dank für diesen ganz besonderen Bericht.

Maria Händler, Hamburg

„Gefahr von links“?

(Antwort von Sebastian Vaupel „Demaskierung der Ewiggestrigen“ auf den Leserbrief von Alfred Schäfer „Links-rechts-Gelaber“ (in E&W 7-8/2015, Seite 46)

Sebastian Vaupel bezeichnet den Islam „als Rasse“ oder schreibt z. B. vom „Hass gegen Nazis“, obwohl ich diese Wörter in meinem Leserbrief nicht benutze. Bleibt die Frage, ob die Redaktion mit der Über-

schrift „Demaskierung der Ewiggestrigen“ Vaupel, mich oder sonst was meint. Die Redaktion sollte beide Leserbriefe nebeneinander legen, für alle, die lesen können. Vaupel meint sogar, er könne Gedanken lesen. Genau das hatten wir ja schon oft in totalitären Systemen, in denen Rollkommandos alles plattmachen (heute tun sie das per Mail). Es spricht also weiterhin nichts gegen meine Forderung nach einem E&W-Schwerpunkt „Gefahr von links“ als selbstverständlichen demokratischen Ausgleich zum Schwerpunkt „Gefahr von rechts“ (E&W 5/2015). Das erfordert heutzutage noch mehr Mut. Falls die Redaktion diesen nicht hat, soll sie zurücktreten.

Alfred Schäfer (per Mail)

„Intolerant“

(E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“)

Allen Leserinnen und Lesern, die sich ehrenamtlich für Flüchtlinge aus Syrien engagieren wollen, möchte ich den folgenden Fall schildern:

Eine junge syrische Frau, in Deutschland geboren (in Deutsch perfekt in Wort und Schrift), bietet der Gesamtschule in Limbach an, Flüchtlingskindern die deutsche Sprache beizubringen. Doch sie bekommt eine Absage vom Schulleiter, weil sie ein Kopftuch trägt. Ich bin fassungslos, wie intolerant Schulen im Saarland sein können.

Maren Jung (per E-Mail)

„Alles bleibt beim Alten!

(E&W 11/2015, Seite 4: „Berufsverbote“)

Die Redaktion berichtet in dieser Ausgabe über die Wanderausstellung zum Berufsverbot, von dem ja in den 1970er-Jahren jede Menge Kolleginnen und Kollegen betroffen waren, auch wenn sie nur am linken Rand der SPD standen. Und wie sieht es heute aus? Der Chefideologe der AfD, Prof. Lothar Maier, ist Stadtrat der AfD in Stuttgart, der Vorsitzende der AfD Baden-Württemberg, Jörg Meuthen, ist Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl, d. h. er unterrichtet auch

>> Fortsetzung auf Seite 46

WIE GRÜN IST UNSERE WIRTSCHAFT?
MEDIENPAKET FÜR IHREN UNTERRICHT
Dokumentarfilme und pädagogisches Begleitmaterial
Bestellen Sie die DVD unter:
www.ecomove.de
040/36 97 60 73
›› BILDUNGSMANUAL
GREEN ECONOMY
VISIONEN | TECHNOLOGIEN | CHANCEN
ecomove international

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter
Zeitdauer-Uhr
„Automatik“ Compact
• rückwärts laufende Uhr
• mit rückseitigem Magnet und Ablauf-Signal
ab 8,95 €
TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

Ihre Anzeige in der E&W rufen Sie uns an:
0201 843 00 - 31
www.erziehungundwissenschaft.de

AKUTKLINIK URBACHTAL
PRIVATKRANKENHAUS FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE
Burnout
Lebenskrisen
Depressionen
Ängste
Chronische Schmerzen
Traumafolgestörungen
• Hochfrequente Therapie
• Herzlichkeit und Mitgefühl
• Individualität in familiärem Kreise
• 60 Betten / 30 Therapeuten
Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig
88339 Bad Waldsee
0 75 24 . 990 - 222
akutklinik.de

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe
Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin
Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen
Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler
Stationär, teilstationär, ambulant
Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung
Neurologische und psychokardiologische Abklärung
Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)
Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.
info@klinik-wollmarshoehe.de
Information / Auskunft:
07520 927-0
www.wollmarshoehe.de

vielfalt mediathek
Dokumentation, Information und Nachhaltigkeit. Bildungsmaterialien für Anerkennung, Demokratie und Vielfalt, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
www.vielfalt-mediathek.de
Kostenloser Verleih bzw. Download von
› Broschüren und Büchern
› Trainingsordnern und Handbüchern, Katalogen und Verzeichnissen
› Kurz- und Dokumentarfilmen, Musik-CDs
› Dokumentationen der Lokalen Aktionspläne und Partnerschaften für Demokratie
› Podcasts und Expertisen zu den unterschiedlichen Themenfeldern
IDA
DGB BILDUNGSWERK BUND
Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

AMOK - ANTIGONE RELOADED
Was wäre, wenn deine Schule morgen eine Amokdrohung erhielte?
Amok - Antigone reloaded
Ein spannender Roman von Jon Avin Tormod - Jetzt bei Amazon Kindle!

zukünftige Bürgermeister. Mir ist nicht bekannt, dass einer der beiden Herren eine Abmahnung oder weitergehende Maßnahmen befürchten müsste. Also bleibt hierzulande alles beim Alten: Die Überschärfe auf dem linken Auge kompensieren die Behörden mit totaler Blindheit auf dem rechten.

N. Kirn (per E-Mail)

„Nützliche Idioten“

(E&W 11/2015, Seite 44: Leserbriefe „Empört“ und „Irreführend“)

Eine Wandersage wird nicht dadurch wahrer, dass sie von Hochschullehrer(inne)n „kolportiert“ wird. Doris Elbers wiederholt die Behauptung, die UN-Behindertenrechtskonvention schreibe den Anspruch aller Kinder auf inklusive Beschulung in Regelschulen fest und damit das Aus für die Förderschulen. Wer sich die Mühe macht, den Originaltext nachzulesen, stellt fest, dass das einfach nicht stimmt: Die Konvention hält zwar fest, dass alle Kinder – auch solche mit bestimmten Beeinträchtigungen – am öffentlichen Schulsystem teilhaben sollen. Fördereinrichtungen für besondere Beeinträchtigungen lässt die UN-Konvention ausdrücklich zu. Diesen Standards hat Deutschland mit seinem öffentlichen Förderschulsystem seit Jahrzehnten im Wesentlichen genügt. Seitdem das vor zehn Jahren noch vergleichsweise gut ausgebaute deutsche Förderschulsystem zerschlagen wurde, liegen finanzschwache Bundesländer wie Bremen und Brandenburg in Sachen Inklusion vorn. Das sollte zu denken geben: Die Verfechter „konsequenter Inklusion“ betätigen sich – mit dem Beifall der Bertelsmann Stiftung – als nützliche Idioten marktliberaler Bildungspolitik. Der Leser Wolfgang Mayer hingegen hat die Kinder im Blick, wenn er schreibt: Förderschuleinrichtungen haben nach wie vor „ihren Platz in der Bildungslandschaft, solange sie erfolgreich mit Kindern arbeiten“.

Ottmar Hinz, Bremen

„Ideologische Aussage“

(E&W 11/2015, Seite 44: Leserbrief „Irreführend“)

Im Leserbrief von Doris Elbers sind mir einige Dinge aufgefallen: Zum einen wird die UN-Resolution falsch zitiert. Dort ist im amtlichen deutschen Text der Begriff „integratives Schulsystem“ zu finden. Das Wort „Inklusion“ taucht nicht auf. „Behinderte Kinder“ sind auch keine schulische Kategorie. Das sollte eine deutsche Professorin wissen. Zum anderen: Schulrechtlich ist Schulfähigkeit maßgeblich. Wer mit Schulen zu tun hat, wird das sinnfällig finden. Viele Behinderungen sind schulisch ohne Belang. Andere schließen eine Schulfähigkeit in einer deutschen Regelschule aus. Beispiel: schwere geistige Behinderung. Ob Sonder- bzw. Förderschulen im Sinne der UN-Resolution zum Bildungssystem gehören, ist strittig. Die Forderung, Regelschulen müssten nicht schulfähige Kinder unterrichten, entspricht weder der UN-Resolution noch ist sie in Klassen mit einer Lehrkraft und 32 Schülerinnen und Schülern umzusetzen. Zu den Rahmenbedingungen einer sogenannten Inklusion sagt Professorin Elbers nichts. Der angeblich nicht vorhandene Bedarf an Sonderpädagoginnen und -pädagogen ist m. E. eine ideologische Aussage – oder man will die Einsparbemühungen der Länder fördern, Experten für das Lernen von „Nichtschulfähigen“ raus zu drängen und durch Pflegekräfte (für „Behinderte“) zu ersetzen. Diese These steht im Widerspruch zu den Schulgesetzen der Länder und auch zur fachlichen Erfahrung.

Fazit: Eine ideologisch aufgeladene, terminologisch falsche oder irreführende Einlassung mit gewerkschaftsfeindlichem Tenor.

Guido Bley, Königswinter

„Keine Diffamierung

(E&W 11/2015, Seite 46: Leserbrief „Hass hilft nicht“)

Die E&W-Redaktion braucht kein „rechtes Feindbild“, nur ist es so, dass es sich von selbst produziert. Das Bild widerspiegelt doch gerade einen „unhaltbaren“ Teil der Social-Media-Plattformen. Hier geht es gar nicht um eine differenzierte Sichtweise einer Situation, sondern um reines Diffamieren, Pauschalisieren und das Schüren von Ängsten. Was bei einzelnen Menschen dabei herausbricht, ist als „Hass“ deutlich zu erkennen. Niemand muss diese Kommentare durch eigene „heftige Reaktionen“ befeuern. Aber andererseits darf man den „geistigen Brandstiftern“ nicht zu viel Raum überlassen, da es letztlich nicht immer nur bei Worten bleibt. Differenzierte Kritik an der Asylpolitik ist erlaubt und auch notwendig. Doch darf diese nicht auf Kosten der Betroffenen gehen. Zwischen „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen darf nicht unterschieden werden. Kritisch anmerken muss man jedoch, dass die heutigen Fluchtbewegungen zu großen Teilen vorherzusehen waren. Parteien oder Organisationen, die darauf hingewiesen haben, hat man jahrelang die „kalte Schulter“ gezeigt. Wirtschaftliche Not in einzelnen Ländern ist auch durch europäische Ausbeutung hervorgerufen worden. Dieser Verantwortung sollten wir uns stellen. Genauso wie uns klar sein muss, dass es in der Zukunft noch weitere „Klimaflüchtlinge“ geben wird.

Tobias Hase, Erzieher, Beisitzer im GEW-Kreis Bad Dürkheim-Grünstadt (per E-Mail)

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M,
E-Mail: renate.koerner@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

scandtrack

Kanutour Schweden

9 Tage Komplettpaket ab 279€

www.scandtrack.de Tel. 03303-29 73 111

Behutsam die Welt entdecken

✓ Fernreisen weltweit
✓ Studien- und Begegnungsreisen
✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de

Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin

AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

Seit 1966

Friesland Charter

Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Ihre Reiseleiter in PARIS für Klassenfahrten und Gruppenreisen

erfahren
agenturunabhängig
preisgünstig

vinculum MUNDI

Stadtrundfahrten
Ausflugsprogramme
Rundreisen

Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Matthäus-Passion Ostern in Leipzig

4-tägige Musikreise vom 25.03. bis 28.03.2016

Foto © Bach-Archiv Leipzig/ G.Mothes

Thomanerchor und Gewandhausorchester präsentieren Johann Sebastian Bach

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter
www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

PRAHA

Prag? Nur mit uns!
Geprüft: Alles, was wir anbieten, testen wir vorher selbst.

das tschechische team

Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

SAMOS - GRIECHENLAND
Familie Taleporou verwöhnt Sie!
8 DZ, ruhige Lage, Nichtraucherhaus, exzellenter Service u. super Frühstück!
www.pension-ermioni-samos.de

Insel Rügen: 4-Sterne-Ferienwohnungen für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, exklusive Ausstattung, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

Radurlaub Andalusien
GENUSSRADELN MIT KULTUR AM SCHÖNSTEN ORT SPANIENS
Tel.: 0152 - 535 779 32
service@radurlaub-conil.com
www.radurlaub-conil.com

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
www.die-vagabunden.de
☎ 0 43 52 - 95 68 695

Provence Bastide a.d. 18. Jahrh.
Zwei romantische Ferienhäuser
Tel. 0033 / 490 617 450
www.chante-duc.fr

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Exklusive Kultur-Leserreisen

Musik und Literatur an besonderen Orten erleben
www.gew.de/Verlagsreisen

Klassenfahrten der Jugendherberge Essen

Aller Anfang ist leicht 2016
5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 122,00
Die Schüler lernen sich kennen, setzen sich Ziele für die gemeinsame Zukunft.

Einer für alle – alle für einen 2016
7. - 13. Klasse | 3 - 5 Tage | ab € 138,00
Ein Teambuilding mit Kooperationsübungen

Entdecken. Erleben. Bewegen 2016
5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 98,00
Der Wandel des Ruhrgebiets: Die Zeugnisse der Industriekultur bilden dabei die Kulisse für aufregende Erlebnisse.

weitere Programme und vieles mehr unter:
www.essen.jugendherberge.de

DJH Rheinland

S-E-T

STUDY - EXPLORE - TRAVEL
STUDIENREISEN LONDON
KLASSENFAHRTEN ENGLAND
www.s-e-t.de

Diesmal

Cartoon: Thomas Plaßmann